

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern

**LEBENS LAND MECKLENBURG-
VORPOMMERN**

Programm zur Landtagswahl 2006

beschlossen von der 25. Landesdelegiertenkonferenz am 18. und 19. März 2006 in Rostock

Stand der redaktionellen Bearbeitung: 28. Juni 2006

LEBENDIG(ES LAND)

Demokratie lebt von der Teilhabe. Für uns ist die Chance zu Partizipation und Mitbestimmung ein Grundprinzip demokratischen Miteinanders.

In einer pluralen Gesellschaft gibt es keine einfachen Lösungen. Streit und Konflikt gehören ebenso wie der gerechte Interessenausgleich zu einem demokratischen Miteinander.

Für uns hat die Politik in Mecklenburg-Vorpommern den Auftrag, Selbstbestimmung und Freiheit zu gewährleisten. Politik muss zudem wirksam ihren Beitrag zur Förderung von Akzeptanz und Toleranz leisten. Dies ist vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit autoritären Ideologien wie etwa dem Rechtsextremismus von entscheidender Bedeutung.

Wir wollen einen Staat, der die Stärke besitzt, sich gegenüber verantwortlich handelnden Bürgerinnen und Bürgern zurückzunehmen.

Demokratie ist mehr als nur die Abgabe des Stimmzettels am Wahltag

Demokratie entläßt niemanden aus der Verantwortung. Im Gegensatz zu Diktaturen trägt jede Bürgerin und jeder Bürger Verantwortung für die Gesellschaft. Unabhängig davon, ob sie sich an Wahlen beteiligen, ehrenamtlich in der Gesellschaft mitarbeiten oder sich ihr zu entziehen versuchen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich daher stark für eine Demokratieoffensive in unserem Land. Wir wollen die Parlamente und Vertretungen stärken und die repräsentative Demokratie um Elemente der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie ergänzen.

Nicht nur die Volksvertretungen und die Verwaltung stehen in der Pflicht. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Die Beteiligung an politischen Prozessen und der Einsatz für das Gemeinwohl kann für jeden Einzelnen ein großer persönlicher Gewinn sein.

Wir wollen ehrenamtliche Tätigkeiten finanziell und ideell stärker unterstützen. Zusätzlich werden wir die Gründung von Bürgerstiftungen und Freiwilligenagenturen anregen.

Auf der Landesebene werden wir die Zustimmungs- und Beteiligungsquoren für den Volksentscheid senken, ein Verfassungsreferendum einführen sowie die Ausschluss Themen für die Volksgesetzgebung reduzieren. Auf kommunaler Ebene wollen wir darüber hinaus den Themenausschluss deutlich reduzieren. Zusätzlich soll die Frist für das Bürgerbegehren verlängert und das Zustimmungsquorum beim Bürgerentscheid verringert werden. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger in die kommunale Haushaltsaufstellung einbezogen werden. Daher werden wir uns für Instrumente der Förderung und Etablierung von „Bürgerhaushalten“ in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen die Bildung einer Enquetekommission vor, die sich mit der künftigen Arbeit des Landtages beschäftigt. Diese Kommission soll Vorschläge unterbreiten, wie die Ge-

staltungs- und Kontrollfunktion des Landtages unter anderem in Haushaltsfragen gestärkt werden kann. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Föderalismusreform notwendig.

Demokratische Spielregeln können erlernt werden in Schülerinnen- und Schülervertretungen, bei der Mitgestaltung von Jugendclubs oder durch mehr Mitspracherechte in Organisationen und Verbänden. Das unterstützen wir. Wir wollen das aktive Wahlrecht mit der Vollendung des 16. Lebensjahres für die Landtagswahlen. Zudem sprechen wir uns für eine stärkere, frühzeitigere und praxisnähere politische Bildung in den Schulen aus.

„Praktizierte Demokratie in Gruppen“ muss zum Pflichtbestandteil der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Gruppenleiterinnen und Gruppenleitern werden. Wir regen an, Jugendparlamente, Jugendforen oder Stadtteiljugendforen einzurichten.

Kommunale Selbstverwaltung

Kommunen brauchen finanzielle Planungssicherheit. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich transparenter und verlässlicher gestalten und die Funktionen großer Städte für ihr Umland stärker berücksichtigen. Wir befürworten eine Begrenzung der Kreisumlage.

Bei Aufgaben- und Personalverlagerungen vom Land auf die Kreise und Kommunen muss das Konnexitätsgebot der Landesverfassung strikt gewahrt bleiben.

Verwaltungsreform - Bürgernähe - Bürokratieabbau

In Zeiten knapper Kassen leistet sich Mecklenburg-Vorpommern eine zehnköpfige Regierungsriege: Nicht dass die Politik durch neun Minister und einen Ministerpräsidenten besser würde, nur teurer wird sie dadurch allemal. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Zahl der Ministerien auf fünf begrenzen.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen grundsätzlich den Wegfall und die Verschiebung von Aufgaben im Rahmen der Funktionalreformen. Die von der Landesregierung geplante Kreisreform mit dem Vier- oder Fünf-Kreis-Modell löst die Probleme der kommunalen Selbstverwaltung jedoch nicht, sondern schafft neue. Die Kreisreform sollte nicht nur die staatliche Verwaltung im Auge haben, sondern auch die kommunale Selbstverwaltung - als Kern der direkten Demokratie. Das kann nur mit kleineren Kreisen umgesetzt werden. Daneben darf eine Gemeindestrukturreform insbesondere auch wegen der Stadt-Umland-Problematik nicht – wie bisher – ausgeklammert bleiben. Hierzu könnten die Gemeinden auf die Größe der bisher bestehenden Ämter zusammengeführt werden. Dabei sollten auch Aufgaben der Kreise auf die Ämter- und Gemeindeebene übertragen werden. Der Amtsausschuss und der Amtsvorsteher bedürfen dann einer direkten demokratischen Legitimation.

Wir wollen, dass nach unabhängiger Aufgabenkritik Bürokratie abgebaut wird und entbehrliche Zuständigkeiten und Aufgaben entfallen. Das darf jedoch nicht zum Abbau sozialer oder ökologischer Standards führen. Ziel des Bürokratieabbaus sind Effizienz, Qualitätsverbesserung und Verfahrensbeschleunigung.

Flache Hierarchien, ein Dienstrecht, das für motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anreize schafft, Reduzierung des Beamtentums und konsequente Nutzung des Internets für eine transparente Verwaltung sind Eckpunkte einer grünen Verwaltungsreform.

Die Serviceangebote der Verwaltung müssen im Internet abrufbar sein. Wir wollen ein zentrales Portal aufbauen, das neben relevanten Verwaltungsformularen auch alle Informationen zu Protokollen der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäte enthält.

Rot-Rot hat die Geltung des Informationsfreiheitsgesetzes befristet bis 2011. Wir werden uns für die Entfristung des Gesetzes einsetzen. Wir wollen das Gesetz so ändern, dass die Bürger wirksam vor hohen Gebühren für ihre Akteneinsicht geschützt sind.

Mehr Engagement für die politische Bildung

Politische Bildung soll über demokratische Institutionen, Prozesse und Möglichkeiten informieren, aber auch Kritisches nicht ausblenden. Sie leistet damit einen grundlegenden Beitrag zur Weiterentwicklung der demokratischen politischen Kultur. Die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern ist dabei eine wesentliche Institution im Lande. Ihre Einbindung in die Staatskanzlei birgt eine zu große Regierungsnähe und die Gefahr des zu starken Einflusses der jeweiligen Regierung auf die politische Bildung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Anbindung an das Bildungsministerium.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Gründung einer Gedenkstättenstiftung für Mecklenburg-Vorpommern ein. Diese soll als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts die im Lande bestehenden Gedenkstätten erhalten und weiterentwickeln. Politische Bildung braucht kritische Inhalte und unabhängige Träger. Die Mittel für die Förderung parteinaher Jugendverbände sind in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur als eine Art Selbstbedienung auf die Jugendverbände der drei Landtagsparteien zu konzentrieren. Gleiches gilt auch für die Förderung der politischen Stiftungen in Mecklenburg-Vorpommern.

Politische Bildung bleibt in ihrer Wirkung leider häufig begrenzt auf die städtischen Zentren des Landes. Daher wollen wir in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen und dem Volkshochschulverband Angebote politischer Bildung verstärkt auch für die ländlichen Räume Mecklenburg-Vorpommerns entwickeln.

Medien und Medienkompetenz

In den meisten Kreisen und Städten gibt es nur noch eine regionale Tageszeitung. Viele Menschen können sich auch diese nicht mehr leisten und informieren sich über regionale Ereignisse aus den dürftigen Inhalten der Anzeigenblätter. Die Regionalteile von NDR Radio und Fernsehen müssen deshalb ausgeweitet werden.

Medienkompetenz ist eine der Schlüsselqualifikationen des 21. Jahrhunderts. Offene Kanäle und nicht kommerzielle regionale Radios sind Mittel zur demokratischen Partizipation an der öffentlichen Meinung und ein wichtiger Baustein der politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dagegen offene Kanäle und nichtkommerzielle regionale Radio- und Fernsehinitiativen unterstützen. Wir lehnen Bestrebungen ab, die Mittel für die Medienkompetenzförderung zugunsten einer wirtschaftlichen Filmförderung zu kürzen; das gilt auch für eine Kürzung des Vorwegabzugs der Rundfunkgebühren für die Landesrundfunkzentrale.

In einem dünn besiedelten Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern bedarf es darüber hinaus der Stärkung spezieller Angebote der Medienkompetenzvermittlung im ländlichen Raum.

Kultur leben

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen eine starke und vielfältige Kulturszene. Wir wollen ihre Freiräume verteidigen und ihre Rolle im öffentlichen Raum stärken. Um Mecklenburg-Vorpommern lebens- und liebenswert zu machen, muss neben der Natur auch die Kultur in allen Teilen des Landes davor bewahrt werden, als verzichtbarer Luxus betrachtet oder auf historisches Beiwerk reduziert zu werden.

Theater, Musik- und Jugendkultureinrichtungen wie Kinderkunst- und Musikschulen haben hier einen doppelten Auftrag zu erfüllen: Sie sind Teil einer wertebezogenen Bildung und bieten Raum für die spielerische und kreative Gestaltung der Umwelt, für Phantasie und Utopien. Zugleich trägt Kultur, z. B. durch den Kulturtourismus, auch als Wirtschaftsfaktor zum Bruttosozialprodukt des Landes bei. In Zeiten knapper Kassen werden wir nicht mit dem Rasenmäher Angebote der so genannten „Hochkultur“ kürzen und so auf ein Mittelmaß zurückstutzen. Wir werden das Angebot strukturell modernisieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, Kultur findet nicht nur in den Schlössern und Palästen statt - sondern auch auf der Straße, in der Szene.

Gleiche Rechte für Lesben und Schwule

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in Mecklenburg-Vorpommern, in dem jeder Mensch selbstbestimmt und frei von Diskriminierungen leben kann. Dazu gehören auch gleiche Rechte und Pflichten für Lesben und Schwule.

Eingetragene Lebenspartnerschaften sind heute möglich. Das ist ein Erfolg unserer Politik. Im Landesrecht werden wir deshalb die eingetragenen Lebenspartnerschaften völlig gleichstellen und dahingehend auch unseren Einfluss auf das Bundesrecht wahrnehmen. Mit ihrer Bildungs-, Sozial- und Kulturarbeit und mit ihrer AIDS-Aufklärung leisten Lesben- und Schwulen-Vereine sowie AIDS-Hilfen ein unersetzliches Engagement. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dieses Engagement verlässlich unterstützen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Thematik „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ ein fester

Bestandteil in Aus- und Weiterbildung der Verwaltung und Lehrerschaft, vor allem aber im Schulunterricht wird.

Integration fördern

Jeden Monat verlassen rund 3500 Menschen unser Land. Gleichzeitig ziehen aber auch 2500 Menschen in unser Land. Mecklenburg-Vorpommern braucht Einwanderung aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen. Sie bietet aber auch die Chance zur kulturellen Bereicherung unserer Gesellschaft. Rund 500 Menschen pro Monat kommen aus anderen Ländern. Wir wollen ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Wir werden die „Leitlinien Migration“ in ein umfassendes Konzept umwandeln. Integrationskurse müssen für alle zugänglich sein.

Flüchtlinge schützen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine umfassende und unabhängige Erstberatung für Flüchtlinge einrichten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auf Landes- und Bundesebene weiterhin für ein großzügiges Bleiberecht einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich gegen Abschiebelager oder -haft aus. Solange jedoch Abschiebung möglich ist, muss für eine geeignete Unterbringung der Menschen gesorgt werden. Bei der Standortauswahl sind ausreichende Betreuung und Beschäftigung der Flüchtlinge, Rechtsberatung und verkehrsmäßige Erreichbarkeit zu gewährleisten. Die rotrote Landesregierung hatte hinsichtlich der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes eindeutig vereinbart, in Mecklenburg-Vorpommern auf ein „Ausreisezentrum“ zu verzichten. Die bestehende Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Horst wird derzeit jedoch dazu entwickelt. Wir werden diese Maßnahme stoppen und auf die konsequente Umsetzung des geltenden Rechts drängen.

Dem Rechtsextremismus engagiert entgegenzutreten!

Für ein offenes und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern

Nicht nur der Einzug der NPD in einzelne Kommunalparlamente bei den Kommunalwahlen im Juni 2004 in Mecklenburg-Vorpommern hat gezeigt, dass in einem beachtlichen Teil der Bevölkerung eine Bereitschaft vorhanden ist, rechtsextremistischen und antidemokratischen Parolen zu folgen. Rechtsextremistische Gruppierungen haben eine nicht zu unterschätzende potentielle Wählerbasis in Mecklenburg-Vorpommern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten nicht nur vor diesem Hintergrund eine konsequente und offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus für dringend erforderlich. Es muss deutlich werden, dass diejenigen, die die deutsche Kriegsschuld, die deutschen Kriegsverbrechen und Völkermorde leugnen, dem Menschen- und Gesellschaftsbild der Nazi-Partei NSDAP anhängen, die in ihren politischen Grund-

strukturen einem autoritären und rassistischen Leitbild folgen, eine Gefahr für die demokratische Zivilgesellschaft darstellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich dieser Herausforderung. Wir machen uns stark für ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fordert ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Kräfte. Wer rechtsextremistische und antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen und damit auch die Wahlerfolge derer, die dies propagieren, dauerhaft zurückdrängen will, muss die Rechtsextremisten als politische Herausforderung ernst nehmen. Wer Rassisten und Antisemiten dauerhaft das Wasser abgraben will, muss die Demokratie als gesellschaftliche Leitidee glaubwürdig, selbstbewusst und offensiv vertreten.

Es ist wichtig, die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen in der Gesellschaft voranzutreiben und ihnen den öffentlichen Raum für ihre neonazistische Hetze nicht zu überlassen. Wir dürfen die zur Zeit an den Tag gelegte Biedermännermentalität der Rechtsextremen nicht kommentarlos hinnehmen. Gerade dort, wo Neonazis versuchen, den öffentlichen Raum einzunehmen, müssen wir den Rechten offen entgegen treten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten ein für ein Klima der Toleranz und Offenheit in Mecklenburg-Vorpommern, in der die Verständigung und ein gutes Miteinander mit ausländischen Bürgerinnen und Bürgern gepflegt wird. Wir engagieren uns dafür, dass den Besuchern unseres Bundeslandes und den hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern freundlich und aufgeschlossen begegnet wird und dass in Mecklenburg-Vorpommern Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität friedlich und tolerant zusammenleben.

Gemeinsam sind wir überzeugt, dass andere Kulturen das soziale und kulturelle Leben in unserem Bundesland bereichern. Doch nicht nur dies. Nur wenn wir uns unseren Gästen gegenüber als weltoffen und tolerant präsentieren, ihnen freundlich und aufgeschlossen entgegen treten, nur dann werden die für die Wirtschaftskraft und den Tourismus so wichtigen Gäste Mecklenburg-Vorpommern schätzen und lieben lernen. Nur so werden wir Menschen für unser Land interessieren und gewinnen. Antidemokratische, rechtsextremistische, rassistische und menschenverachtende Parolen dürfen in Mecklenburg-Vorpommern auch deshalb keinen Platz haben.

Es ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, Vorschläge für eine größere Transparenz des politischen Systems und für mehr Bürgerentscheidungen und Bürgerbeteiligung vorzulegen. In diesem Zusammenhang haben die bundesfinanzierten Programme eine wichtige Bedeutung. Sie tragen zum Aufbau und zur Stärkung demokratischer, zivilgesellschaftlicher Strukturen vor allem in den neuen Bundesländern bei. Daher ist es wichtig, die Arbeit der Initiativen und Projekte in unserem Land langfristig zu sichern.

Die sogenannte täter- und mitläuferorientierte Sozialarbeit und Aussteigerprogramme sind zu stärken und weiterzuentwickeln. In den Kommunen und in den Schulen wollen wir für junge Menschen umfassendere Möglichkeiten zu eigenverantwortlicher Mitwirkung schaffen. Wer in Initiativen und Jugendpar-

lamenten Verantwortung übernimmt, dessen Anfälligkeit für extremistisches Gedankengut sinkt. Die Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit werden wir stärker fördern, denn vor allem die Gedenkstättenarbeit und die Bildungsarbeit zur Aufarbeitung totalitärer und autoritärer Gesellschaftssysteme tragen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bei.

INTELLIGENT(ES LAND)

Geistige Infrastruktur stärken!

Rot-Rot führte eine bildungsfeindliche Politik

Dass die Bildung generell und die Schule insbesondere in den letzten Jahren unter der rot-roten Regierung ein Schattendasein führten, lässt sich an vielen ihrer Maßnahmen ablesen: Das Kindertagesförderungsge-
setz (KiFöG) erhöhte die Elternbeiträge, Novellen des Landesschulgesetzes erhöhten die Klassenstärke
und dünnten die Schuldichte aus. Darüber hinaus will die Landesregierung durch Veränderungen des Lan-
deshochschulgesetzes die Autonomie und Handlungsfähigkeit der Hochschulen im Kern einschränken und
ihre Arbeitsfähigkeit in Lehre und Forschung reduzieren.

Bildung im Mittelpunkt der Politik

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht die Bildung im Mittelpunkt der Politik. Nur ein leistungsfähiges
Bildungssystem kann für eine bessere Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern sorgen. Bildung und Schule
müssen ihren Stellenwert als ureigenes Handlungs- und Politikfeld des Landes wiedererhalten.

Wissen und Fähigkeiten der Menschen, formale, politische und soziale Bildung sind die Grundlagen ei-
ner funktionierenden und erfolgreichen Gesellschaft. Blickt man unter diesem Aspekt auf unser Bundes-
land, so ist es um diese Grundlagen nicht gut bestellt. In vergleichenden Studien wie PISA erreichen die
Schülerinnen und Schüler des Landes durchweg Ergebnisse unter dem Bundesdurchschnitt, im nationalen
und internationalen Vergleich haben wir viel zu wenige Abiturienten und Hochschulabsolventen. Sozial
problematisches Verhalten wie Gewaltkriminalität, häufig in Zusammenhang mit Alkoholismus, ist in
hohem Maße festzustellen. Nicht zuletzt beunruhigen uns das geringe Vertrauen in die Demokratie und
die noch immer hohe Verbreitung von Autoritätsgläubigkeit und nationalistischen Auffassungen. Für all
dies machen wir nicht das Bildungssystem und schon gar nicht die darin tätigen Personen allein verant-
wortlich. Aber wo sonst, wenn nicht in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen, können wir daran
etwas ändern?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit konstruktiven Vorschlägen zu einer effektiven und zukunfts-
fähigen Bildung und Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern beitragen. Unsere Grundauffassung ist:
Lehren soll die natürliche Lernbereitschaft nutzen und stärken, Lernen kann effektiver und demokratischer
werden und soll darüber hinaus sogar Spaß machen.

Auf dem Weg zu einer neuen Schule

Schule und Schulsystem in Mecklenburg-Vorpommern sind, das belegen zahlreiche wissenschaftliche
Studien der letzten Jahre, nicht so leistungsfähig, wie sie sein müssten. Das hat vielfältige Ursachen, de-
nen wir mit einem ebenso vielfältigen Maßnahmenpaket entgegentreten wollen.

Unser Bildungssystem ist bislang davon geprägt, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig in Leistungsstufen eingeteilt und einem Bildungsgang zugeordnet werden. Dabei kommen die individuellen Unterschiede nicht zum Tragen, denn Kinder kommen bereits mit unterschiedlichen Voraussetzungen, bezogen auf geistige und körperliche Entwicklung sowie sozialen Ausgangsbedingungen, in die Kindertagesstätten bzw. Schulen. Hilfsangebote gibt es nur selten und meist aus privater Initiative. Wer nicht mitkommt, wird in der Schule nicht gefördert, sondern bestraft: mit schlechten Noten, Sitzenbleiben bis hin zum Ausschluss aus der Schule.

Ziel der Vorschul- und Schulbildung ist es, die Fähigkeiten der jungen Menschen voll zur Entfaltung zu bringen bzw. ihre Entfaltung im Laufe des späteren Lebensweges vorzubereiten. Daneben stehen die Entwicklung von Fertigkeiten, der Wissenserwerb und soziales Handeln im Mittelpunkt. Wir wollen die Chancen- und Zugangsgerechtigkeit des Bildungssystems verbessern. Anders formuliert: Schüler, die durch ihre Lebensumstände (Einwanderer, soziale Randgruppen) benachteiligt sind, sollen durch gezielte Förderung in die Lage versetzt werden, die gleichen Leistungen erbringen zu können wie andere. Das heißt aber nicht, dass wir Begabte und Hochbegabte aus den Augen verlieren.. Wir wollen, dass die Bildungseinrichtungen, die Erzieherinnen, Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen individuell fördern und fordern.

Früh übt sich...

Die Förderung beginnt bereits in den Kindertagesstätten. Kinder lernen freiwillig und von selbst mit allen Sinnen, sobald diese Sinne zu funktionieren beginnen. Die natürliche Wissbegierde wird aber in den ersten Lebensjahren höchst unterschiedlich befriedigt. Darum sehen wir es als Chance, dass nahezu alle Kinder in Mecklenburg-Vorpommern eine Kindertagesstätte besuchen. Hier bestünde die Möglichkeit, Defizite in der körperlichen, sprachlichen und sozialen Entwicklung so weit möglich frühzeitig zu erkennen und auszugleichen. Die Kindertagesstätten müssen daher neben dem Betreuungs- verstärkt einen Bildungsauftrag wahrnehmen.

Deshalb begrüßen wir grundsätzlich das 2004 eingeführte Vorschuljahr und sehen es als einen Fortschritt an. Gleichwohl fehlt es in den Kindertagesstätten oft an den konsequenten Umsetzungsschritten, um den im „Rahmenplan Vorschule“ enthaltenen Zielen näher zu kommen. Aus diesem Grund muss die fachliche Begleitung und Überprüfung verstärkt werden. Wir wollen aber noch weitergehen und fordern die Ausweitung des Rahmenplans auf ein zweites Vorschuljahr, um den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten von Anfang an zu untermauern. Wichtig sind abgestimmte Bildungspläne zwischen den Kindertagesstätten und den Grundschulen.

Selbstverständlich ist diese Form der Vorschule nicht mit herkömmlichem Unterricht zu verwechseln. Es muss vielmehr darum gehen, der vorhandenen Lernbereitschaft der Kinder spielerisch entgegenzukommen. Perspektivisch muss die Teilnahme an der Vorschulerziehung verpflichtend (und kostenfrei) für

alle Kinder sein. Zur besseren konzeptionellen Verknüpfung der Vorschule mit der Grundschule ist die Zuständigkeit im Bildungsministerium zu bündeln.

Die gestiegenen Anforderungen an die Arbeit in der Kindertagesstätte erfordern es, die Ausbildung von Erziehern, die in Kindertagesstätten beschäftigt sind, als Studiengang an einer Fachhochschule einzurichten.

Den Grundschulen gilt unsere vorrangige Aufmerksamkeit. Hier werden die Grundlagen für einen langen Bildungsweg, aber auch für das Erwerbsleben geschaffen. Deshalb müssen die Grundschulen personell besser ausgestattet werden. Die Klassenstärke darf nicht über 20 Schülern liegen. Die Schuldichte darf gerade bei den Grundschulen nicht weiter ausgedünnt werden. Dem Erhalt kann eine verstärkte Offenheit für außergewöhnliche pädagogische Konzepte dienen. Hierzu gehört z. B. der jahrgangübergreifende Unterricht nach reformpädagogischen Erkenntnissen.

Benotungen halten wir grundsätzlich für problematisch und eher demotivierend. In der Grundschule wollen wir Noten durchgängig durch regelmäßige Lernberichte ersetzen. Lernprobleme dürfen nicht bis zum nächsten Halbjahreszeugnis warten, sondern müssen in Zusammenarbeit mit den Eltern unmittelbar angegangen werden.

Gemeinsam lernen – differenziert fördern und fordern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die oft ideologisch begründeten Gräben zwischen den Ansichten zur richtigen Schulform nicht zu vertiefen. Es muss eine von Parteienstreit und der Tagespolitik möglichst unabhängige, auf lange Sicht verlässliche Schulpolitik entwickelt werden. Ein solcher Prozess und Konsens kann z. B. durch die Einsetzung einer parteiübergreifenden Enquete-Kommission gefördert werden. Diese häufig der CDU zugeschriebene Forderung ist allerdings ein alter Hut: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben bereits seit über einem Jahr ähnliche Forderungen gestellt, mit dem Ziel, einen langfristig geltenden Masterplan für die Schulreform im parteiübergreifenden Konsens aufzustellen.

Gegenüber der ab dem Schuljahr 2006/2007 eingeführten „Orientierungsstufe“ bestehen, so wie sie die Landesregierung als bloße Strukturreform plant, erheblich Vorbehalte. Aber ebenso wenig wollen wir die Rückkehr zur bisherigen Aufteilung der Orientierungsstufe auf alle Schularten. Statt das gegliederte Schulsystem weiterhin aufrecht zu erhalten, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in wohlbegründeten Schritten und im Einvernehmen mit Eltern und Lehrern die Gemeinschaftsschule mit verbesserter personeller und sachlicher Ausstattung und neuen integrierenden Unterrichtsformen bis zur achten Klasse einführen. Das erfordert zunächst eine Analyse der demografischen und wirtschaftlichen Situation des Landes, aber noch mehr der pädagogischen Erfordernisse. Der nächste Schritt wäre die Diskussion von finanziellen, strukturellen und personellen Lösungen und erst der dritte Schritt die Umsetzung. Wir werfen der rotroten Landesregierung vor, den dritten Schritt vor dem ersten gegen den Widerstand vieler Betroffener durchgesetzt und damit eine grenzenlose Verunsicherung herbeigeführt zu haben.

Gegen die Aufrechterhaltung der Trennung in Regionalschulen, Gesamtschulen und Gymnasien sprechen gewichtige Gründe:

Gymnasien, Gesamtschulen und Regionalschulen konkurrieren – jetzt ab Klasse 7 – weiter um immer noch sinkende Schülerzahlen. Die Regionalschulen werden wie dereinst die Hauptschulen den Wettbewerb verlieren und selbst bei niedrigen Mindestschülerzahlen werden immer mehr Standorte nicht zu halten sein. Selbst wenn die Schülerzahlen an den Regionalschulen nicht weiter absänken, stünde dies dem Ziel entgegen, die Zahl der Abiturabschlüsse im Lande deutlich zu erhöhen.

Wir sehen einen anderen Weg, der bezahlbar wäre und zugleich das von den meisten Bildungsexperten geforderte längere gemeinsame Lernen Wirklichkeit werden ließe: die flächendeckende schrittweise Einführung der Gemeinschaftsschule, und zwar zuerst in den dünn besiedelten und kinderarmen Gebieten des Landes. Die Gemeinschaftsschule ist weder eine herkömmliche Gesamtschule noch eine Fortführung der Regionalschule. Die Gemeinschaftsschulen müssen räumlich und personell so ausgestattet werden, dass sie Schulbildung auf höchstem Niveau für alle Abschlüsse einschließlich des Abiturs ermöglichen. Sie sollen einen realen Ganztagschulbetrieb mit einem dem natürlichen Lernrhythmus entsprechenden Wechsel von kognitivem und motorischem Lernen und Entspannungspausen zulassen sowie eine angenehme und anregende Lernatmosphäre vermitteln. Lehrkräfte in der Gemeinschaftsschule sind Moderatoren des Lernens und Zusammenlebens in der Schule sowie Anbieter von Wissen über ihr Fachgebiet und über Techniken des Aneignens von Wissen und Fähigkeiten. Sie sind Partner und Förderer bei der Gestaltung des Lernens und nicht Urteiler über Begabungen und Lebenschancen. Eine Frage wie die häufig geforderte teilweise Aufhebung der Koedukation stellt sich in der Gemeinschaftsschule anders: Wenn klar ist, dass Jungen und Mädchen bestimmte Inhalte unterschiedlich lernen, wird es auch unterschiedliche Lernangebote geben. In der Gemeinschaftsschule, wie wir sie uns vorstellen, wird der Grundsatz realisiert, den wir in den Mittelpunkt unserer Überlegungen gestellt haben: Kein Kind darf herabgesetzt, beschämt oder ausgeschlossen werden. Die Gemeinschaftsschule erzieht durch ihre humanistische und demokratische Praxis und erreicht damit mehr als jeder theoretische Werte-Unterricht.

Die Gemeinschaftsschule erfordert Investitionen in die verbesserte Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, also mehr als etwa einwöchige Crash-Kurse in integrativen Unterrichtstechniken. Eine Reform der Lehrerbildung muss für mehr Praxisanteile und Vermittlung pädagogischen Wissens auch für die Oberstufenlehrkräfte sorgen. Zur Entlastung der Lehrkräfte wird unterstützendes Personal wie Sozialpädagogen und andere Betreuungskräfte benötigt. Es muss weiter Geld in den Neu- und Umbau von Gebäuden (Schulkantinen, Gruppenräume, Lehrerarbeitsräume, PC-Technik) investiert werden. Mittelfristig ist aber die Gemeinschaftsschule nicht teurer als das jetzige gegliederte System, in dem jeder Aufwand zur Verbesserung der Situation in mindestens drei konkurrierende Schularten investiert werden müsste.

Auf dem Weg dahin wollen wir den Kommunen und den Schulen selbst mehr Gestaltungsspielraum als bisher einräumen. Die Kommunen sollen nicht nur die Zuständigkeit für Schulbauten und Schulnetzpla-

nung, sondern auch die Hoheit über Sach- und Personalmittel für den Schulbetrieb erhalten. Schule muss in allen Facetten wieder ein lokales und für die Menschen transparentes Thema werden. Die Schulen wiederum sollen weitgehende Autonomie über die Verwendung dieser Mittel einschließlich der Einstellung von Personal und der Gestaltung des Schulbetriebs auf der Grundlage eines Schulprogramms bekommen. Im Gegenzug müssen die Schulen zur Eigenevaluation und zur Bewertung durch Außenstehende verpflichtet werden. Erst dann erhält auch Demokratie in der Schule einen Sinn: Alle Zukunftsentscheidungen der Schule müssen durch drittelparitätisch (Schüler, Eltern, Lehrer) besetzte Gremien getroffen werden.

Die öffentliche Schule konkurriert auch mit den Angeboten privater Bildungsträger. Deren steigender Zuspruch und die Vielzahl von Neugründungen sind Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem staatlichen Schulsystem und der Verunsicherung durch die aktuelle Bildungspolitik. Freie Schulen sind häufig Förderer innovativer Konzepte und Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements und sollten deshalb nicht mit langfristiger Sperrung von Schulmitteln gehemmt werden. Lehrern muss es je nach persönlicher Neigung einfacher gemacht werden, zwischen staatlichen und freien Schule zu wechseln.

Neben dem Umweltministerium muss sich auch das Kultusministerium verstärkt dem Thema Umweltbildung stellen und die UN-Dekade für nachhaltige Bildung umsetzen. Wir werden eine umweltpädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer aller Fächer sowie die Qualifizierung der staatlichen Schulaufsicht auf diesem Gebiet initiieren. Die fachübergreifende Zusammenarbeit der Pädagogen zu verschiedenen Umweltthemen muss organisiert werden. Die globalen und regionalen Umweltprobleme müssen fächerübergreifend im Lehrplan verankert werden.

Autonome Hochschulen auf Spitzenniveau

Die Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil des kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und Bildungslebens in Mecklenburg-Vorpommern. Sie sind Ausgangspunkt für technologische, wirtschaftliche und kulturelle Innovation. Aus ihnen erwachsen neue Produkte, neue Technologien und neue Unternehmen. Sie bringen junge, motivierte und hochgebildete Menschen ins Land und sorgen für internationale Beziehungen und Austausch. In ihrem Umfeld entwickelt sich ein reges kulturelles und wissenschaftliches Leben. Sie sind Dienstleistungseinrichtungen und tragen erheblich zur medizinischen Versorgung bei. Sie sind Teil unserer kulturellen Identität und ein Motor ihrer Weiterentwicklung. Sie sind Arbeitgeber, Garant für Steuereinnahmen und schaffen Ausbildungsplätze. Deshalb stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern für starke Universitäten und Hochschulen im Lande.

Steigende Studentenzahlen – höhere Abiturquote

Die Zahl der Studenten steigt bis mindestens 2014, prognostiziert die Kultusministerkonferenz - in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern. Wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen alle an-

deren politischen Kräfte durch Verbesserungen im Schulsystem und in der Lehreraus- und -weiterbildung die Erhöhung der Abiturquote der Schülerjahrgänge. Ebenso sind alle bestrebt, die Zahl ausländischer Studenten in Deutschland zu erhöhen. Das bedeutet, dass die Hochschulen als Bildungseinrichtungen in Zukunft weiterhin mindestens im gleichen Maße wie heute gefragt sein werden.

Spitzenausstattung für Spitzenleistungen

Der Wert eines Studiums bemisst sich an der Aktualität der vermittelten Erkenntnisse und Methoden. Deshalb muss auch in Zukunft die Lehre mit der Forschung verbunden bleiben. Forschungsbasierende Lehre und forschendes Lernen führen die Studenten näher an die Praxis des Erkenntnisgewinns heran. Kritisches Denken wird trainiert. Denn ein Studium besteht nicht allein aus dem Erwerb spezialisierten Wissens, sondern auch auf der Untersuchung der Methoden des Erkenntnisgewinns.

Daher muss die Forschung an den Universitäten über verschiedene Anreize gestärkt werden. In Zielvereinbarungen zwischen Land und Universitäten kann die Mittelzuweisung bzw. die inneruniversitäre Mittelverteilung an Forschungsergebnisse und Forschungsprojekte gekoppelt werden. Für die Einwerbung von Drittmitteln wollen wir einen Landesaufschlag gewähren.

Für die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen müssen das Land und die Hochschulen stärker Sorge tragen. Das gilt vor allem für die Nachwuchsförderung. Die Hochschulen sollen dazu angehalten werden, Ergebnisse von Qualifikationsarbeiten in geeigneter Weise darzustellen.

Wichtig ist darüber hinaus die planvolle Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Hier besteht die verstärkte Möglichkeit, Studenten an die Forschung heranzuführen. Mit den Max-Planck-Instituten für Demographie in Rostock und für Plasmaphysik in Greifswald gibt es dahingehend sehr gute Erfahrungen.

Während sich die bisherige SPD-geführte Landesregierung stets am Durchschnitt der Bundesländer orientierte, werden wir uns ans Spitzenniveau halten. Wir erwarten Spitzenleistungen in Forschung und Lehre, für die wir bereit sind, die Hochschulen spitzenmäßig auszustatten.

Vielfalt und Profil

Wir wollen Vielfalt an den Universitäten. Forschung und Lehre benötigen den Austausch zwischen den Fächern. Denn die Welt genügt sich nicht darin, in der Fächergliederung der Wissenschaft aufzugehen. Deshalb ist Interdisziplinarität in Kolloquien, Forschungsprojekten, Qualifizierungsarbeiten, Vorlesungsreihen und Seminaren zu begrüßen und zu unterstützen. Interdisziplinarität basiert aber auf den Wissenschaftsdisziplinen und erfordert das Vorhandensein der Nachbardisziplinen (im weitesten Sinne) an der gleichen Einrichtung. Nur aus diesem Grund tragen Universitäten die Bezeichnung „Universität“ (studium universitatis). Ein willkürliches Herausbrechen einzelner Fächer, Institute oder ganzer Fakultäten aus den Universitäten durch das Land Mecklenburg-Vorpommern lehnen wir ab, weil sie kreative Zusammenar-

beit an den Universitäten erschwert oder gar unmöglich macht. Unsere Haltung ist ganz klar: Zu einer Universität gehören die vier traditionellen Fakultäten, die sinnvoll um weitere Fakultäten, einzelne Fächer oder einzelne Fachvertreter ergänzt werden müssen.

Über die Binnenstruktur müssen die Universitäten im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung selbst entscheiden. In diesem Rahmen müssen die Hochschulen ihr Fächerspektrum auf sinnvolle und notwendige Ergänzungen hin überprüfen.

Autonomie und Demokratie

Die akademische Selbstverwaltung ist ein wichtiger und traditionsreicher Bestandteil des Hochschullebens. Wissenschaftler, technische Kräfte und Studenten entscheiden selbstständig über ihre Angelegenheiten: über Professuren, Institute, Stellenbesetzungen, Prüfungsordnungen usw. Die Mitglieder der Hochschule kennen ihre Probleme am besten und können sie am schnellsten lösen. Selbstverwaltung motiviert zu Engagement und Übernahme von Verantwortung. Deshalb muss die akademische Selbstverwaltung bestehen bleiben und ausgebaut werden. Die Hochschule der Zukunft ist eine selbstständige und eigenverantwortliche Einrichtung.

Das Land soll in Zukunft nur noch die Rechtsaufsicht führen. Dienstaufsicht und Einstellungen werden von der Hochschule selbst wahrgenommen. Um gegenüber der Gesellschaft über ihre Arbeitsergebnisse und die Verwendung der zugewiesenen Mittel Rechenschaft ablegen zu können, ist über die Grundsätze der Hochschulentwicklung – wie im Landeshochschulgesetz vorgesehen, aber bis heute nicht genutzt – eine Zielvereinbarung zu treffen. Zielvereinbarungen sind kein Diktat (wie von der derzeitigen Landesregierung praktiziert), sondern eine Vereinbarung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten auf „gleicher Augenhöhe“. Bei Konflikten sollte nicht die Landesregierung selbstherrlich entscheiden, sondern eine paritätisch besetzte Schlichtungskommission eine Lösung vorbereiten. Gesetze, Verordnungen und andere Rechtsvorschriften sind um überflüssige Regelungen, die die Autonomie behindern, zu kürzen.

Die Autonomie der Hochschule bedarf aber der Demokratie an der Hochschule. Klare Entscheidungsstrukturen, klare Verortung der Verantwortung und Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern der Hochschule.

Für die Abstimmung zwischen den Hochschulen regen wir die Schaffung eines Landeshochschulrates an, in dem die Statusgruppen aller Universitäten und Fachhochschulen des Landes ebenso vertreten sein sollen wie die wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte. Auch auf dieser Ebene gilt für uns: Selbstverwaltung und selbstverwaltete Auseinandersetzung mit der Gesellschaft haben Vorrang vor Eingriffen der Landesregierung.

Zugangsgerechtigkeit und Finanzierungsgerechtigkeit

Wir wollen, dass die Hochschulen als geistige Infrastruktur auch in Zukunft allen, die die Qualifikation hierfür haben, als Studienort offenstehen - mit einem Wort: Zugangsgerechtigkeit.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen die Aufnahme des Studiums nicht mit finanziellen Hürden versehen. An die Hochschulen gehört, wer das Zeug dazu hat, unabhängig von Einkommen der Eltern. Daher setzen wir uns für eine Neuregelung des BaFöGs ein. Es muss elternunabhängig werden, so dass jeder Studierende die gleichen Chancen auf die Studienförderung vom Bund hat.

Die Hochschulen müssen um zusätzliche Einnahmen werben und alternative Finanzierungsquellen erschließen, ohne die verfassungsrechtlich geforderte, finanzielle Verantwortung des Staates zu vernachlässigen. Wege sehen wir hier vor allem im Sponsoring und in Alumni-Programmen. Vor diesem Hintergrund müssen Stellung und Aktivitäten der Fördervereine gestärkt werden.

Den Hochschulen muss die Möglichkeit eröffnet werden, in ihrem Aufgabebereich unternehmerisch tätig sein zu können.

Die Einführung von Studiengebühren lehnen wir ab.

Globalisierte Wissenschaft und Dienstleistungen für Mecklenburg-Vorpommern

In der heutigen Welt ist auch die Wissenschaft globalisiert. Ohne Kenntnisse anderer Sprachen ist der Wissensaustausch über Landesgrenzen hinaus nicht möglich. Deshalb fördern wir nachdrücklich die Beziehungen zwischen Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns und des Auslandes ebenso, wie wir uns für den Ausbau internationaler Austauschprogramme für Wissenschaftler und Studenten einsetzen. Ausländische Studierende und Wissenschaftler bringen frischen Wind nach Mecklenburg-Vorpommern und tragen zum kulturellen Austausch bei.

Andererseits sind die Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns eben Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie müssen vielfältige Netzwerke im Land aufbauen, um Forschung und technologische Innovation zu fördern. Hier ist in den letzten Jahren über „Gründerflair“ und ähnliche Projekte schon einiges erreicht worden; es gilt, diesen Weg konsequent und verstärkt weiter zu beschreiten: Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Das gilt auch für „die andere Richtung“: Initiativen der Wirtschaft, die Hochschulen als Dienstleistungseinrichtungen zu nutzen und zu fördern, werden wir (weiterhin) unterstützen. (z. B. Wissenschaftspreis des Rostocker Kreises)

Die Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns erbringen aber auch direkt Dienstleistungen für das Land. So sind sie über zahlreiche Fächer an der Erforschung unserer kulturellen Identität federführend, z. B. in der mecklenburgischen und pommerschen Landesgeschichte, der Volkskunde oder bei der Pflege der niederdeutschen Sprache. Diese Position als Dienstleistungszentrum für das Land gilt es auszubauen, denn Lehre und Forschung auf den genannten Gebieten gibt es nur in Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen deshalb die Bildung eines Mecklenburg-Zentrums an der Universität Rostock und eines (Vor-)Pommern-

Zentrums an der Universität Greifswald anregen. Diese Einrichtungen, die die landesspezifischen Fächer zusammenführen sollen, werden ebenso landesspezifische Forschung und Lehre in sich konzentrieren.

Besonders wichtig sind auch die Leistungen, die die beiden Medizinischen Fakultäten des Landes erbringen. Sie stellen nicht nur einen Großteil der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern auf Spitzenniveau bereit. Sie bilden auch Ärzte aus; Ärzte, die in unserem Land zunehmend fehlen. Hier ist die Landespolitik gefragt. Wir wollen den Lehrstuhl für Allgemeinmedizin in Rostock langfristig erhalten und einen neuen in Greifswald einrichten.

Junge Medizinerinnen und Mediziner müssen frühzeitig an Mecklenburg-Vorpommern gebunden werden, etwa durch Unterstützung bei der Famulatur und bei Praktika.

Synergieeffekte nutzen

Synergieeffekte zwischen den Hochschulen müssen genutzt werden, wo sie auftreten. Für überlegenswert halten wir die Überprüfung des Status der Hochschule für Musik und Theater in Rostock. Es sind alle Argumente dahingehend abzuwägen, ob eine Angliederung als An-Hochschule mit Fakultätsstatus an die Universität nicht zu einer besseren Auslastung von Verwaltung, Bibliothek, Räumen und Technik führt.

Darüber hinaus sind Synergieeffekte vorstellbar durch eine engere Kooperation der Hochschul- und Bauverwaltung des Landes mit und zwischen den Verwaltungen der Hochschulen, z. B. durch gemeinsame Bauprojekte über die jeweiligen Hochschulgrenzen hinaus, wie sie zur Zeit in Brandenburg und Niedersachsen angewandt und diskutiert werden.

Innovativ(es Land)

Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben

Wir im Nordosten sind an Wind gewöhnt, an kalte Winde, an Sturm. Probleme bereiten uns lediglich Flauten. Und so eine herrscht seit Jahren auf dem Arbeitsmarkt. Ein Blick in die Statistik des Landes zeigt: Die Regierungen Mecklenburg-Vorpommerns haben arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch versagt. Unabhängig von der politischen Couleur, ob Schwarz-Gelb, Schwarz-Rot oder Rot-Rot: Zwischen 150 000 und 200 000 pendelt die Zahl der Arbeitslosen seit vielen Jahren. Einzig Instrumente der Arbeitsmarktpolitik lassen je nach Kassenlage ein laues Lüftchen wehen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze nimmt ständig ab.

Die Verunsicherung durch drohende Arbeitslosigkeit, Abbau von Arbeitslosengeld, steigende Kosten und eine eingetrübte konjunkturelle Lage führte trotz Steuersenkungen zu einer Kaufzurückhaltung. In der Wettbewerbspolitik konnten wir bundesweit gegen den Widerstand der Union die Handwerksordnung in Teilen liberalisieren, um mehr Selbstständigkeit zu ermöglichen.

Förderung auf Regionen und Handlungsfelder mit realer Wachstumsperspektive konzentrieren

Nur über die Gründung innovativer kleiner und mittelgroßer Unternehmen kann der Aufbau Ost die notwendige Breite gewinnen. Von entscheidender Bedeutung für solche Unternehmen sind die Nähe zu Forschungszentren und ein leistungsfähiger Technologietransfer. Deswegen sollten Bund und Land überproportional Forschung, Technologie und Hochschulbildung in Mecklenburg-Vorpommern fördern. Die Förderung sollte auf diejenigen Regionen konzentriert werden, in denen selbstständige Hochtechnologiecluster eine Perspektive haben. Wir setzen uns für die verbesserte Förderung von Existenzgründern und Existenzgründerinnen und Kleinunternehmen ein. Wir möchten eine zentrale Anlaufstelle für UnternehmensgründerInnen, in der alle Belange der Existenzgründung kompetent und umfassend aus einer Hand beraten und betreut werden. Diese sollen längerfristig über die derzeitige Existenzgründungsberatung hinaus Fragen der Gewerbeanmeldung, Erwartungen des Finanzamtes, notwendige Versicherungen, Anstellung erster Mitarbeiter u. a. optimieren. Und zwar unbürokratisch, schnell und risikobereit.

Die Straßeninfrastruktur hat bereits ein hervorragendes Niveau erreicht. Eine weitere Förderung ist daher nicht mehr notwendig. Eine zielgenaue Förderung ist durch die modernisierte GA (Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur) möglich. Über Investitionen in die Köpfe, sei es durch Forschungsförderung, sei es durch eine Absenkung der Belastung des Kostenfaktors Arbeit, ist mehr für die neuen Länder drin.

Eine moderne Wirtschaftspolitik ist an sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Tragfähigkeit zu messen, sie muss zielorientiert gestalten und darf sich nicht auf das Verwalten beschränken. Grüne Wirtschaftspolitik setzt dabei auf Innovation, Nachhaltigkeit und Netzwerke.

Gestalten statt verwalten: Grüne sind Partner für kleine und mittlere Unternehmen

Der Mittelstand und die kleinen Unternehmen sind unser Partner. Denn der Mittelstand bietet 70 Prozent der Arbeitsplätze an. Nur mit ihm gibt es eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen attraktivere Rahmenbedingungen in der Mittelstandsfinanzierung schaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Entschlackung bürokratischer Regelungen. Teilweise bestehen derzeit Doppelkontrollen, die Unternehmer und auch Verwaltungen und damit die Steuerzahler finanziell und zeitlich belasten. Unternehmen, die sich freiwillig beispielsweise mit EMAS zertifizieren lassen, sollen bei Genehmigungsverfahren diesen Einsatz honoriert bekommen.

Verwaltungsabläufe sollen beschleunigt werden. Die Möglichkeiten des E-Government, also des elektronischen Wissens- und Informationsaustausches, sowie Transaktionen innerhalb der Verwaltung, bieten Potenziale.

Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass regionale Kreisläufe zerstört wurden. Das Beispiel der Förderungen der Groß-Molkereien steht für viele. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Region stärken, durch Modellprojekte im Bereich der dezentralen Weiterverarbeitung sollen Investitionen und Fördermittel in der Region gehalten werden. Marketing soll Absatz und Image der Produkte stärken.

Vonnöten ist eine gezielte Förderung des Handwerks und der kleinen und mittleren Betriebe. Eine stetige betriebswirtschaftlich begleitende Unterstützung ist unerlässlich. Dieses Angebot könnte aus der Vermittlung und Finanzierung von Coaching bestehen, das die Unternehmer bei der Entwicklung von Strategien begleitet und die Einführung von Steuerungsinstrumenten unterstützt. Für Unternehmen in wirtschaftlichen Krisensituationen muss ein solches Programm eine spezielle Beratung bereithalten. Die Risikokapitalfinanzierung für die gezielte Förderung von Investitionen wachstumsstarker mittelständischer Unternehmen wollen wir in größerem Umfang aktivieren.

Die hohe Qualität der Produkte dieses Landes verdient ein besseres, öffentlich unterstütztes Programm für Marketing und Vertrieb. Gerade für kleine und mittlere Betriebe sind dies nicht finanzierbare Kosten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich stark für die Region und ihre Produzenten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein Landesvergabegesetz ein. Dies soll neben Qualität und Preis tarifliche und ökologische Standards sichern und Auftragnehmer und Auftragnehmerinnen bevorzugen, die Maßnahmen zur Frauen- und Familienförderung durchführen.

Neben der Fokussierung der Förderung auf Hochschulcluster gilt: Gerade die ökologische Landwirtschaft, die Erzeuger von regenerativen Energien und der sanfte Tourismus müssen gefördert werden.

Innenstädte stärken

Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat bewirkt, dass durch die Errichtung von Einkaufszentren auf der Grünen Wiese Innenstädte verödeten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen schon im Wahlkampf einen Gesetzentwurf vor, der helfen soll, die Innenstädte wieder zu beleben.

Vornehmlich in Kanada, den USA und in einigen europäischen Ländern ist ein Konzept erfolgreich entwickelt worden, das unter BID (Business Improvement District) bekannt ist. Wir nennen es das „Programm belebte Innenstädte“. Grundeigentümer, Grundeigentümerinnen und Gewerbetreibende engagieren sich gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Verwaltung für Maßnahmen, die der Erhaltung und Stärkung innerstädtischer Standorte und ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten dienen. Im Gegenzug bekommen sie größere Mitentscheidungsmöglichkeiten.

Der Grundgedanke ist, dass sämtliche Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen eines räumlichen begrenzten Gebietes zur Finanzierung der beschlossenen Aktivitäten herangezogen werden und es keine Trittbrettfahrer gibt, die zwar profitieren, aber nichts selber dazu beitragen. Deshalb muss das Konzept die Zustimmung einer möglichst breiten Mehrheit der betroffenen Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen finden.

Die Geschäftsleute können gemeinsam die Infrastruktur (Beschilderung, Beleuchtung, Fahrradstellplätze o. ä.), die Begrünung oder Reinigung verbessern, sie können Stadtteilstellen oder Sonderaktionen organisieren oder eine geschäftsübergreifende Kundenbetreuung aufbauen.

Auf die eigenen Stärken konzentrieren

Ökologische Innovation, d. h. die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien, Produkte und Dienstleistungen, ist zum Schlüssel für den Wohlstand von heute und morgen geworden. Mecklenburg-Vorpommern bietet mit seiner vielfältigen Hochschullandschaft hervorragende Bedingungen für ökologisch geprägte Forschung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Mecklenburg-Vorpommern zu einem Vorreiter auf diesem Gebiet entwickeln. Umweltverträglichkeit muss ein zentrales Kriterium für Forschung und Entwicklung sein. Die ökologischen Folgewirkungen neuer Technologien und Wirkstoffe, von Verkehrsprojekten, energiepolitischen oder handelspolitischen Weichenstellungen müssen geprüft und als zentrales Entscheidungskriterium berücksichtigt werden.

Wir wollen die wirtschaftlichen Potentiale des Landes zur Entfaltung bringen. Wir wollen Landeshauptstadt und Hochschulstandorte stärken und zur Belebung der Wirtschaft nutzen. Dabei ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von entscheidender Bedeutung, dass ein leistungsfähiger Technologietransfer zu Unternehmen entwickelt wird. Deswegen plädieren wir für eine überproportionale Förderung der Forschung, Technologie und Hochschulbildung.

Grüne Wirtschaftspolitik ist nachhaltig, deshalb treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, Flächenverbrauch durch Infrastrukturmaßnahmen zu minimieren. Er entzieht dem Naturhaushalt wertvolle

Böden.

Leben und Arbeit im ländlichen Raum

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Die Entwicklung dieser Räume und ihre gute Nachbarschaft zu den Oberzentren stellen besondere Anforderungen. In der Bundesregierung haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Weichen für eine vielfältige, zukunftsfähige Landwirtschaft gestellt. Neben der Produktion von Lebensmitteln sind Energie, Tourismus, Hofläden und Naturschutz Standbeine moderner Landwirtschaft. Da wir uns für den Verbraucherschutz stark machen, sehen wir die Chancen, die aus der Verbindung von Agrar- und Verbraucherschutzpolitik erwachsen. Für Mecklenburg-Vorpommern bieten sich riesige Chancen. Zwischen den Metropolen Hamburg, Stettin und Berlin gelegen, ergeben sich Absatzmärkte für Lebensmittel hoher Qualität. Die Lebensmittelskandale der Vergangenheit haben zu einem neuen Käuferverhalten vor allem in den Großstädten geführt. Hier liegt die Chance mit Produkten aus dem biologisch zertifizierten Anbau Land Mecklenburg-Vorpommern zu punkten. Das verlangt nach der Entwicklung eines Marketing und Vertriebskonzeptes, an dem das Land beteiligt ist.

Wer der Landwirtschaft ein nachhaltiges Einkommen und eine Perspektive geben will, setzt auf vier Säulen: die Produktion unbelasteter Lebensmittel, die Gewinnung regenerativer Energien, den Tourismus und die Pflege der Landschaft.

Die vom Menschen verursachte Klimaveränderung mit ihren Folgen macht vor Mecklenburg-Vorpommern nicht halt. Der Klimawandel ist in unserem Land spürbar. Die Bewahrung unserer Natur ist nicht nur eine ökologische Herausforderung, sondern entscheidet über die ökonomische Zukunft des Landes. Unsere Flüsse und Landschaften sind Lebensgrundlage und der Raum für Erholung zugleich. Als einzige Partei verbindet BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Umweltpolitik klug mit der Wirtschaftspolitik. Die Nutzung erneuerbarer Energien, die Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe und die Agrarwende zeigen: Mit grünen Projekten lassen sich schwarze Zahlen schreiben. Unsere Politik der Nachhaltigkeit nützt den Menschen und der Natur. Sie gibt der Landwirtschaft Perspektive.

Extensive Landwirtschaft erhält die traditionellen Kulturlandschaften, die seit Jahrhunderten bewirtschaftet werden, und schützt die Artenvielfalt. Umwelt- und Naturschutzleistungen der Landwirte sollen angemessen entlohnt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb den vollen Rahmen der europäischen Agrarreform nutzen und die zweite Säule, also den Bereich der Landwirtschaft stärken, der Förderung für gesellschaftlich wichtige Aufgaben verspricht.

Der Tourismus ist eine der Haupteinnahmequellen des ländlichen Raums geworden. Es sind vor allem das Meer, die Seen und die Natur, die die Menschen in unser Land kommen lassen. Sie zu schützen hat nicht nur einen Eigenwert - sie helfen den Tourismus zu erhalten und zu fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen vor allem auf einen nachhaltigen, naturbezogenen und sanften Tourismus. Durch kultu-

relle und ökologische Projekte lassen sich Saisonverlängerungen erreichen. Wir machen uns stark für einen Gesundheitstourismus und wollen, dass ältere Menschen in unser Land kommen, um hier ihren Lebensabend zu verbringen. Damit werden Arbeitsplätze im Gesundheitssektor und im Pflegebereich geschaffen.

Öffentliche Beschäftigung

Es wäre illusorisch zu glauben, dass sich Arbeitslosigkeit mittelfristig ohne Maßnahmen im öffentlichen Beschäftigungssektor bekämpfen ließe. Im Gegenteil: In Kooperation mit Land, Agentur für Arbeit und Kommunen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sozialen und kulturellen Projekten langfristig Planungssicherheit geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für einen gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt – für Frauen und Männer, für Ältere und Jüngere und für die Stadt- und Landbevölkerung. Wir werden die Rahmenbedingungen für mehr Investitionen in Arbeit verbessern. Dazu gehören Initiativen und Modellprojekte zur Senkung der Lohnnebenkosten und ein gesetzlicher Mindestlohn. Von Kombilöhnen halten die Bündnisgrünen hingegen wenig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich stark für Dienstleistungszentren, wie sie in Dänemark schon jetzt existieren: Dienstleistungen im häuslichen Bereich können hier stundenweise abgerufen werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind sozial- und krankensichert, Schwarzarbeit wird abgebaut.

Jugendarbeitslosigkeit ist in Mecklenburg-Vorpommern vor allem eine Arbeitslosigkeit qualifizierter ausgebildeter junger Menschen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich stark für öffentlich geförderte Experimentfirmen, die von jungen Menschen im Non-Profitbereich gegründet werden (Denkmalpflege, Kultur, Sozialwesen). Über einen mittelfristigen Zeitraum sollen diese Firmen im kommunalen Bereich Aufträge erledigen, für die normalerweise keine Mittel zur Verfügung stünden. Finanziert werden die Experiment-Firmen durch Landesmittel und Gelder der Agentur für Arbeit.

Arbeit und Umwelt

Wir Grüne haben mit „Weg vom Öl“ und unseren Vorschlägen zur verbesserten Materialeffizienz auf Bundesebene begonnen, die Auswirkungen der Globalisierung auf die Rohstoffe zu thematisieren. Die jüngsten Energiekrisen bei Öl und Gas machen das für alle sichtbar. Unser Ziel ist es, die energie- und rohstoffbedingten Kosten gleichberechtigt mit Steuern und Abgaben zu diskutieren. Hier geben die veränderten Rohstoff- und Energiemärkte einen großen Handlungsbedarf. Für Kostensenkungen in diesem Bereich besteht ein riesiges Potenzial, bei dem die Verbesserung der Wettbewerbsposition, die Entlastung der Umwelt und die Schaffung von mehr Beschäftigung parallel laufen. Wir wollen durch Innovationen in der Produktion und durch die Neugestaltung der Produkte die Energie- und Materialkosten senken. Wer heute Effizienztechnologien entwickelt, besetzt die Märkte von morgen. Als einen wichtigen Schritt haben

wir bereits das Impulsprogramm Materialeffizienz durchgesetzt, mit dem kleine und mittlere Unternehmen dabei beraten werden sollen, Effizienzpotenziale beim Einsatz von Material und Energie zu nutzen. Für die Jahre 2006 und 2007 stehen bundesweit 18 Millionen Euro bereit, mit denen die Umsetzung effizienzsteigernder Innovationen unterstützt werden soll.

Grüner Strom und grüne Energie

Gute Politik denkt über den Tag hinaus. Wir wissen, dass Erdöl und Erdgas versiegen. Mittlerweile ist es unbestritten: Wir leben in der Zeit des Klimawandels. Darum ist es höchste Zeit, die Energiepolitik neu auszurichten – hin zu erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Nutzung aller Energiesparpotenziale. Auch in Mecklenburg-Vorpommern stehen wir vor der Aufgabe, die Ziele des Kyoto-Protokolls umzusetzen. Durch den Einsatz erneuerbarer Energiequellen können je erzeugter Kilowattstunde Strom rund 0,6 Kilogramm Kohlendioxid-Emissionen vermieden werden. In Mecklenburg-Vorpommern erzeugen wir inzwischen 30 % unseres Strombedarfs mit regenerativen Energien und vermeiden damit Jahr für Jahr einen CO₂-Ausstoß von über einer Million Tonnen.

Die kontinuierlich steigenden Energiepreise fördern einen wirtschaftlichen Umgang mit Energie. Durch Anreize zum Energiesparen und die Förderung neuer Technologien streben wir eine Reduzierung des Energieverbrauchs um ein Drittel bis 2020 an. Wir werden eine Energieagentur einrichten, die Privathaushalte und Unternehmen praxisnah berät. Durch die Förderung von Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung werden wir zur Verbreitung dieser effizienten Einspartechnik beitragen. Gleichzeitig soll der Anteil der Kraftwärmekopplung im Land bis 2010 verdoppelt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass überall da, wo Wärme erzeugt wird, möglichst auch Strom erzeugt wird. Wir wollen, dass unser Land zum Vorreiter im Klimaschutz wird.

Mecklenburg-Vorpommern bietet besonders gute Voraussetzungen für eine dauerhaft kostengünstige Energieversorgung aus erneuerbaren Energien: viel Wind, Sonne und Biomasse sowie Erdwärme. Nicht von ungefähr also hat sich in unserem Land die regenerative Stromerzeugung in den letzten Jahren vervielfacht. 30% unseres Strombedarfs haben Wind-, Bio-, Wasser- und Sonnenenergie zur Grundlage. Diese Menge reicht aus, um mehr als 60% des jährlichen Strombedarfs aller Privathaushalte unseres Landes mit Ökostrom abzudecken.

Wir werden uns für ein „Energiekonzept M-V 2020“ einsetzen, das eine komplette Deckung des Stroms sowie 25% des Wärme- und Treibstoffbedarfs unseres Landes aus regenerativen Energien bis zum Jahr 2020 anstrebt: Dies lässt sich durch Erhöhung der Energieeffizienz und Ausbau regenerativer Energien erreichen. Die regenerativen Energien sind bereits heute ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unser Land. Für die weitere Entwicklung werden wir die Rahmenbedingungen schaffen. Dass dies auch für den ländlichen Raum eine reale Perspektive ist, zeigen bereits zahlreiche Projekte in unserem Land, u. a. das Biomasse-Projekt GUTSWERK in Varchentin/Luplow bei Neubrandenburg oder die Region Lübow-Krassow

bei Wismar, aber auch zahlreiche dezentrale Biogasanlagen, die sich zum wirtschaftlichen Standbein landwirtschaftlicher Betriebe entwickeln. Beispiele, die Schule machen werden.

Die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien wurden maßgeblich durch die grüne Regierungsbeteiligung im Bund geschaffen, insbesondere mit dem Erneuerbare Energien Gesetz. Hier müssen wir weitermachen. Die rund 1.000 vorhandenen Windkraftanlagen erzeugen bereits 30 % des Strombedarfs unseres Landes. Ein Ausbau an Land wird sich zukünftig auf den Ersatz alter Anlagen durch leistungsstärkere neue Anlagen konzentrieren. Durch einen Zubau von ca. 10 Anlagen pro Jahr und den Ersatz alter Anlagen wird sich die Stromerzeugung aus Windkraft bis 2020 fast verdoppeln. Wir setzen uns für eine umweltverträgliche Windenergienutzung auf See ein. Allerdings ist ein Ausbau von Offshore-Anlagen in größerer Zahl erst zu vertreten, wenn das Risiko insbesondere für Zugvögel geklärt ist. Derzeit sind rund 200 Anlagen vor M-V geplant. Aufgrund ihrer geplanten Größe von 3 – 5 MW je Anlage und der guten Windverhältnisse könnten diese Anlagen allein rund 40% des heutigen Strombedarfs Mecklenburg-Vorpommerns decken. Bei der Standortauswahl von Windkraftanlagen sind stärker als bisher die Akzeptanz durch die anliegenden Gemeinden und die betroffenen Anwohner und Anwohnerinnen sowie Naturschutzaspekte zu berücksichtigen.

Bioenergie spielt im Ostseebundesland eine große Rolle. Bundesweit hat dieser Bereich in den vergangenen Jahren über 50 000 Arbeitsplätze geschaffen. Bis zum Jahr 2020 ist mit einem Anbau von Energiepflanzen auf 20 – 30 % der landwirtschaftlichen Fläche Mecklenburg-Vorpommerns zu rechnen. Gleichzeitig wird die Nutzung von Holz intensiviert werden. Damit kann Biomasse allein den Wärmebedarf des Landes decken, insbesondere bei weiter verbesserten Maßnahmen zur Wärmedämmung. Zudem besteht die Möglichkeit zur Erzeugung von Bio-Kraftstoffen für den Verkehrsbereich. Bei der Biomasseerzeugung ist jedoch zu gewährleisten, dass die Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes Berücksichtigung finden, z. B. Fruchtwechsel und Begrenzung von Pflanzenschutzmitteln und Düngung. Auch der stofflichen Verwertung von Biomasse, z. B. zur Dämmung von Gebäuden oder der Herstellung innovativer Produkte ist zukünftig mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Solarstrom ist eine Zukunftsenergie, die wir kontinuierlich weiter entwickeln werden. Anlagen zur Warmwassererzeugung und Heizungsunterstützung mit Solarthermie sind heute oft schon wirtschaftlich zu betreiben. Wir werden uns für einen massiven Ausbau der Solarthermie einsetzen. Wir wollen damit bis 2020 mindestens 10 % des Wärmebedarfs des Wohnungsbestandes in unserem Land decken.

Die Geothermie, oder Erdwärme, ist die Wärme, die in den oberen Schichten der Erdkruste gespeichert ist. Durch spezielle Anlagen kann sie sowohl zum Heizen und Kühlen als auch zur Erzeugung von elektrischem Strom oder in einer Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden. Die Energiegewinnung ist unabhängig von den klimatischen Bedingungen und von den Jahreszeiten. In Mecklenburg-Vorpommern steht sie flächendeckend zur Verfügung, doch die bisherige Landesregierung hat bis heute nur Bruchteile dieser Potenziale genutzt. Wir werden die technische Entwicklung der Geothermie weiter vorantreiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass Mecklenburg-Vorpommern seine Vorreiterrolle bei der Technologieentwicklung in Deutschland weiter ausbaut und führend bei der Herstellung, Anwendung und Nutzung wird.

Als Energieland ist Mecklenburg-Vorpommern gefordert, seine Chancen auf dem Zukunftsmarkt der Wasserstofftechnik zu nutzen. Unser Ziel ist es durch die Bündelung vorhandener und die Schaffung neuer Kompetenz den Produktions- und Forschungsstandort Mecklenburg-Vorpommern auf dem Gebiet der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik zu fördern und zu stärken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich klar für den Energiestandort Lubmin aus – aber ohne Atomwirtschaft. Das Zwischenlager Nord soll nicht für weiteren Atommüll als den aus den ostdeutschen Kraftwerken genutzt und schleichend zum „Endlager“ ausgebaut werden.

Mecklenburg-Vorpommern im Ostseeraum

Ein nachhaltig entwickelter Ostseeraum bringt Vorteile für alle. Auch Mecklenburg-Vorpommern kann von der Zusammenarbeit in dieser Region profitieren. Gesunde Produkte auf den Märkten, bezahlbare, sichere Energie, der weitergehende Ausbau der Gleichstellung von Frauen, die Verteidigung und der Ausbau eines offenen gesellschaftlichen Klimas nützen den Menschen vor Ort und helfen, Europa menschlicher zu machen. Die Sicherung von Bürgerrechten sorgt für Freiheit und Freiraum.

Mit der Erweiterung der Europäischen Union um Polen und das Baltikum ist eine zusammenhängende Region mit 100 Millionen Menschen entstanden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die kulturelle Vielfalt erhalten und gleichwertige ökonomische, ökologische, soziale und bürgerrechtliche Bedingungen für die Menschen dieser Region schaffen.

Wir werden dazu den ständigen Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Menschen und ihren Ländern ausbauen. Wir wollen die Gründung eines Ostseezentrums, in dem einige Institutionen der norddeutschen Region zusammengefasst werden, wie z. B. Konsulate, Wirtschaftsförderungsbüros und Unternehmen. Auf der anderen Seite setzen wir uns dafür ein, dass Mehrfachstrukturen vermieden und abgebaut werden. Zugleich engagieren wir uns für Zusammenarbeit und lassen es nicht zu, dass Wirtschaftsachsen, etwa Berlin – Stettin oder Hamburg – Schleswig-Holstein – Skandinavien, an uns in Mecklenburg-Vorpommern „vorbei“ entwickelt werden.

Das setzt zunächst die gegenseitige Kenntnis der Sprachen und Kulturen voraus. Deswegen werden wir Fremdsprachenangebote an unseren Schulen und Hochschulen in den Sprachen der Ostseeregion ausbauen. Außerdem müssen unsere Bildungseinrichtungen die praktische Kenntnis der rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen sowie der Kultur der Länder des Ostseeraums vermitteln.

Nordeuropa und der Ostseeraum brauchen zu ihrer Entwicklung eigene Forschungsschwerpunkte. Wir wollen die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft im Ostseeraum mit einer ökologischen Schwerpunktsetzung fortentwickeln. Durch die Förderung von Forschungsverbänden im Ostseeraum, beispielsweise in den Bereichen Meeresforschung, ökologischer Landbau und regenerative Energien, wollen wir

Vielfalt, Exzellenz und Wettbewerbsfähigkeit sichern. Sprachliche Qualifikationen für Studium, Ausbildung und Arbeit im Ausland müssen in allen Ländern des Ostseeraums vor Ort einheitlich erwerbbar sein.

Mecklenburg-Vorpommern und die Eine-Welt-Politik

Eine-Welt-Politik in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet, unsere Kräfte und Möglichkeiten für eine zukunftsfähige Entwicklung der Welt zu nutzen. Unser Ziel ist es, die entwicklungspolitischen Beziehungen des Landes mit den Ländern der „Dritten Welt“ zu stärken und Mecklenburg-Vorpommern durch die konsequente Ausrichtung am Prinzip der Nachhaltigkeit „Eine-Welt-fähiger“ zu machen. Die Eine-Welt-Politik ist unter Rot-rot durch Wirtschaftsminister Ebnet finanziell auf Null heruntergefahren worden. Dies wollen wir wieder ändern. Das Ziel von Eine-Welt-Politik ist, Globalisierung im Sinne nachhaltiger Entwicklung sozial gerecht und umweltverträglich zu gestalten. Hierzu bietet u. a. die Agenda 21 gute Handlungsansätze und Instrumente, die wir offensiv nutzen werden.

Wir wollen andere Politikfelder wie Außenwirtschaftsförderung, Energie-, Technologie-, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik sowie Verbraucherschutz mit den Zielen der Eine-Welt-Politik in Einklang bringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen eine stärkere Verzahnung von Kultur, Bildung und Eine-Welt-Politik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Kräfte von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft in der Eine-Welt-Arbeit bündeln und systematisch ausbauen, z. B. durch Länderforen. Konkret unterstützen wir neben den Länderpartnerschaften die Kommunen und Nichtregierungsorganisationen darin, Entwicklungszusammenarbeit zu leisten, Partnerschaften zwischen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern und im Süden zu vermehren sowie bestehende Kontakte und Beziehungen von Institutionen, Gruppen, Unternehmen und Verbänden mit Entwicklungsländern zu vernetzen und konzeptionell zu bündeln. Dafür wollen wir die Hochschulen des Landes stärker mit einbeziehen.

Landesentwicklung: Planung für und mit den Menschen

Die bisherige Landesregierung hat mit dem Landesentwicklungsprogramm ein Konzept erstellt, das seiner Funktion nicht gerecht wird. Kritik und Anregungen wurden in großem Umfang ausgeblendet. Statt einer sinnvollen Beteiligungskampagne wurden Detailfestlegungen getroffen, die regionale Entwicklungen behindern.

Eine tragfähige Entwicklung, die Mensch und Umwelt gerecht wird, braucht eine effektive Raum- und Entwicklungsplanung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die entsprechenden Prozesse öffentlicher, transparenter und effektiver gestaltet werden:

Die verschiedenen Entwicklungskonzepte und Förderprogramme müssen besser abgestimmt und zusammengeführt werden, um eine sinnvolle Regionalentwicklung zu ermöglichen.

Wir werden uns insbesondere dafür stark machen, dass die Bürger- bzw. Einwohnerbeteiligung ausgebaut wird. Hierzu gibt es geeignete Verfahren, deren Anwendung wir finanziell fördern wollen: Zukunftskonferenzen und –werkstätten, Planungszellen, Bürgergutachten u. a. So wird die Qualität und Akzeptanz der Planungsprozesse erheblich verbessert.

Insbesondere in den peripheren ländlichen Räumen werden zukünftig aufgrund von Abwanderung und demographischem Wandel Schrumpfungs-/Entleerungsprobleme entstehen. Hier wird es nicht mehr Aufgabe der Raumordnung sein, flächenkonkurrierende Nutzungen zu koordinieren, sondern es wird darum gehen, nicht oder nicht ausreichend genutzte Flächen, Gebäude oder Infrastruktur so zu managen, dass diese Räume eine spezifische Lebensqualität entwickeln und somit eine Alternative zum Leben in der Stadt auch und gerade für ältere Menschen bieten können.

Siedlungsentwicklung und Baumaßnahmen müssen sich an den Anforderungen der Menschen und nicht an denen des Verkehrs orientieren. Sie müssen darauf ausgerichtet werden, den Zugang zu den Bedürfnissen des täglichen Lebens zu ermöglichen statt Verkehr zu erzwingen.

Flächennutzungspläne sind die dringend erforderliche Grundlage für eine abgestimmte Entwicklung bebauter und unbebauter Flächen in den Kommunen. Auf ihnen, nicht auf kurzfristigen Forderungen, müssen die Planungen basieren. Als Grundlage sind Landschaftspläne erforderlich.

Bürger und Kommunalpolitiker sind bei der Erarbeitung der Pläne über die gesetzlichen Vorgaben hinaus intensiv einzubeziehen.

Mecklenburg-Vorpommern muss den Flächenverbrauch von rund 90.000 qm täglich reduzieren. Mit rund 2 % der Bevölkerung in Deutschland verursacht Mecklenburg-Vorpommern inzwischen knapp 10 % des bundesweiten Flächenverbrauchs.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden den Flächenverbrauch begrenzen, in dem wir mehr Fördermittel für die Nutzung von Baulücken und Gewerbebrachen zur Verfügung stellen und weniger Mittel für Gewerbegebiete auf der grünen Wiese.

Ökologisch umbauen - in einem attraktiven Umfeld leben

Die Entwicklung des vorhandenen Gebäudebestandes hat Vorrang vor dem Neubau. Angesichts der demographischen Entwicklung im Land müssen Steuerungsmöglichkeiten für die Konsolidierung einer langfristig nachhaltigen Siedlungsstruktur genutzt werden. Förderung soll daher auf die gewachsenen städtischen Zentren konzentriert werden. Dies spart Ressourcen und vermeidet zusätzlichen Flächenverbrauch. Sanierungsarbeiten sind deutlich personalintensiver als Neubauten und schaffen daher mit gleichen Mitteln mehr Arbeitsplätze. Wohnungsbau und Gewerbe müssen sich verstärkt auf Flächen konzentrieren, die über eine gute Infrastruktur verfügen. Flächenrecycling und Lückenschluss geht vor Neuversiegelung. Neue Wohngebiete ohne ÖPNV-Anschluss und Einkaufsmöglichkeit sind nicht mehr vertretbar und durch Auflagen der Raumordnung wirksam zu verhindern.

Bei Baumaßnahmen ist darauf hinzuwirken, dass gesunde Baustoffe, Energieeinsparung und die Nutzung regenerativer Energien verstärkt Berücksichtigung finden. Landeseigene Bauvorhaben müssen beispielhaft ökologisches Bauen umsetzen und die Landesbauordnung nach ökologischen Kriterien überarbeitet werden. Fördermittel müssen an Auflagen geknüpft werden, die Mindestanforderungen ökologischen Bauens gewährleisten, z. B. regionaltypische Baustoffe, geringer Energieverbrauch und zusätzlich solare Warmwasserbereitung bei touristisch genutzten Objekten, die ganz überwiegend im Sommer gebucht werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für das Verbot von PVC als Baustoff ein, dieses ist maßgeblich für giftige Rauchgase bei Gebäudebränden verantwortlich. Für den Altbaubestand wollen wir spezielle Maßnahmen zur Förderung solarthermischer Energienutzung entwickeln, die mit dem Denkmal- und Ensembleschutz vereinbar sind.

Kreativität und Gemeinschaft fördern

Neue Ideen im Wohnungs- und Gewerbebau sowie Bauvorhaben, die von Bauherrengemeinschaften gemeinsam umgesetzt werden wollen wir gezielt fördern. Wir wollen ein Förderprogramm einrichten, das die zusätzlichen Kosten für Planung und Vorhalten eines Grundstücks bei Wohnprojekten fördert, wenn diese in besonderer Weise soziale und ökologische Elemente, Raum für Kinder oder Angebote für Alte oder Behinderte realisieren.

Gesund(es Land)

Gesundheit ist mehr als nur die Abwesenheit von Krankheit

Unser Verständnis einer Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern beschränkt sich nicht auf die Versorgung kranker Menschen. Gesellschaftliche Solidarität, gerechte Teilhabechancen, eine lebenswerte und gesunde Umwelt und der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sind uns ebenso wichtig. Zur Sicherstellung der Lebensqualität für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Prävention und Gesundheitsförderung im öffentlichen Leben, bei der Arbeit und im privaten Umfeld fördern. Wir wollen allen Menschen den gleichen Zugang zu einem gesunden Leben, Gesundheitsversorgung und Rehabilitation ermöglichen.

Der voranschreitende Ärztemangel gefährdet die Gesundheitsversorgung vor allem in ländlichen Räumen und macht unser politisches Engagement erforderlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN votieren für einen „Runden Tisch Gesundheit“ mit Ärztevertretern und -vertreterinnen, Vertreterinnen und Vertretern der Krankenkassen und politischen Verantwortlichen der betroffenen Regionen und des Landes mit dem Ziel, durch geeignete Maßnahmen die medizinische Versorgung auch in der Fläche sicherzustellen. Wir wollen im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes die Kindervorsorgeuntersuchung verbindlicher und wirksamer organisieren. Ziel ist ein mindestens jährlicher Untersuchungsturnus bis zur Vorschulung-

tersuchung. Damit können Störungen der kindlichen Entwicklung infolge von Vernachlässigung besser erkannt werden.

Wir wollen eine alle Drogen umfassende Suchtpolitik (Tabak, Alkohol, sogenannte illegale Drogen), die Prävention, Therapie und Schadensminderung in den Mittelpunkt stellt. Eine Drogenpolitik, die nur auf Kriminalisierung setzt, z. B. bei der Behandlung der so genannten geringen Menge, lehnen wir ab. Abhängige Menschen betrachten wir als Hilfsbedürftige, die in ihrer jeweiligen Lebenssituation unterstützt werden müssen. Wir wollen ein generelles Rauchverbot auf dem Schulgelände und in allen anderen öffentlichen Einrichtungen des Landes und der Kommunen durchsetzen.

Die steigende Zahl der Neuinfektionen zeigt, dass HIV-Infektionen und AIDS weiterhin ein großes gesellschaftliches Problem darstellen. Deshalb setzen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sich für eine Förderung von zielgruppenspezifischer Prävention, Beratung, Betreuung und Versorgung von Menschen mit HIV-Infektion und AIDS-Erkrankungen ein. Dabei gilt es insbesondere, Präventionsarbeit für junge Menschen und geschlechtsspezifische Hilfeansätze weiterzuentwickeln.

Alle Menschen würden gerne die letzte Phase ihres Lebens zu Hause verbringen. In der Realität ist das leider oft nicht der Fall. Das Heimrecht muss auch künftig in Bundeskompetenz bleiben. Sollte es im Zuge der Föderalismusreform dennoch zu einer Verlagerung auf die Länder kommen, werden wir uns dafür einsetzen, dass dies nicht zu einer Senkung der Pflegestandards etwa durch die Herabsetzung der Fachkraftquote führt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein flächendeckendes Angebot schaffen an stationären und ambulanten palliativen Behandlungsangeboten einhergehend mit einer angemessenen psychosozialen Begleitung. Unser Augenmerk richtet sich hier nicht nur auf Hospize, sondern auch auf die Einrichtungen der Pflege und natürlich auf das eigene Zuhause. Die Förderung der Unterstützung von Angehörigen ist für uns dabei selbstverständlich.

Mangelnde Bewegung und schlechte Ernährung sind die häufigsten Krankheitsverursacher. Das Gesundheitsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger muss durch die Politik stärker gefördert werden. Jedes fünfte Kind ist zu dick. Fastfood und Süßigkeiten dominieren mehr und mehr unser Essverhalten. Ausgeprägtes Übergewicht ist heute die häufigste ernährungsmitbedingte Gesundheitsstörung, nicht nur bei Kindern und Jugendlichen. Diese leiden auch an unterschiedlichsten Folgeerkrankungen und zeigen zunehmend psychosoziale Probleme. Die Ernährungserziehung und Ernährungsbildung sind nicht nur Sache der Eltern, hierfür gibt es auch eine öffentliche Verantwortung. Deshalb wollen wir ein Schulfach „Ernährung“ einrichten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen qualitativ hochwertige Sportangebote und gesunde Ernährung in Kindertagesstätten und Schulen. Der Schulsport muss auf mindestens drei Wochenstunden ausgedehnt werden; Trendsportangebote mit gruppenspezifischem Bezug sollen eingerichtet werden. Für Menschen mit Handicaps und auch für ältere Menschen sollen Sportangebote gefördert werden. Für sozial schwache Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, muss der Zugang zu regelmäßigen Sportan-

geboten gewährleistet werden. Wir wollen die Kommunen beim Erhalt von öffentlichen Schwimmbädern unterstützen.

Soziales: „Erste Klasse für alle“

Wir wollen eine Gesellschaft gestalten, in der alle beteiligt werden und in der alle ihre Chance zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten bekommen. Wir BÜNDNISGRÜNEN wollen eine Gesellschaft gestalten, in der Kinder willkommen sind, alte Menschen geachtet werden und Menschen mit Behinderungen integriert sind. Unsere Leitbilder sind Solidarität, Integration und Selbstbestimmung. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bekennen sich zu einem sozialen Staat, mit Vorrang der freien vor der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Die Verbändevielfalt und Pluralität der Angebote sind dabei notwendige Voraussetzungen. Ein Miteinander der Generationen und gleichberechtigte Lebenschancen sind unser Ziel. Der zu erwartende demographische und soziale Wandel stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Bündnisgrüne Sozialpolitik schafft Rahmenbedingungen, die allen Menschen ein selbst bestimmtes Leben ermöglichen sollen. Wir haben Antworten für die Bewältigung dieses gesellschaftlichen Wandels.

Selbstbestimmt Wohnen und Leben im Alter

Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen, die den Menschen auch im Alter ein würdiges Leben in Selbstbestimmung und mit gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Benötigt werden Wohn- und Pflegeformen, die den Bedürfnissen nach Individualität, Vertrautheit, Überschaubarkeit der Lebensformen und Häuslichkeit Rechnung tragen. Daher kann sich die Entwicklung weniger auf die traditionellen Einrichtungen ausrichten, welche zukünftig kaum noch zu finanzieren sind. Wir müssen gezielt ein breites, differenziertes und flexibles Angebot für unterschiedliche Bedürfnisse ermöglichen wie: integriertes Wohnen, generationenübergreifende Wohnprojekte, selbst organisierte oder betreute Wohngemeinschaften. Das auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entwickelte Förderprogramm für neue Wohnformen für ältere und alte Menschen ist vorbildhaft. Durch Aufbau, Koordination und Vernetzung der Angebote, durch unabhängige Beratung und Vermittlung von Diensten, durch Wohnberatung und Dienstleistungsangebote für häusliche Hilfen kann älteren und alten Menschen das gewünschte Verbleiben in den „eigenen vier Wänden“ ermöglicht werden. Diese Angebote gilt es zu sichern und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Ganzheitliche Pflege und Mitbestimmung älterer Menschen

Pflege ist mehr als die Versorgung der körperlichen Grundbedürfnisse. Voraussetzung für eine menschenwürdige Pflege ist die Sicherung der Selbstbestimmung, der Grundrechte und die Förderung der vorhandenen individuellen Fähigkeiten. Noch immer wird zu oft über alte und pflegebedürftige Menschen verfügt, und nicht selten werden dabei Menschenrechte missachtet. Eine wesentliche Ursache ist im mangelnden Einsatz von (qualifiziertem) Pflegepersonal zu finden, die zu Überforderung von Pflegekräften

und Angehörigen führt. Die BÜNDNISGRÜNEN wollen bei der Finanzierung die Schnittstellenproblematik langfristig durch eine Vernetzung aller Angebote und Hilfen beheben. Gerade für Menschen mit Demenz, psychisch Erkrankte und ihre Angehörigen ist der Ausbau pflegeergänzender Hilfen von großer Bedeutung. Zudem setzen wir uns für eine Ausweitung des Angebotes an ambulant betreuten Wohngemeinschaften ein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen neue, auf die individuellen Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen zielende Angebots- und Versorgungsformen unterstützen. Hierbei gilt der gesetzlich festgeschriebene Grundsatz „ambulant vor stationär“. Die Rahmenbedingungen für die beruflich Pflegenden müssen verbessert und die Pflegeausbildung den qualitativen und quantitativen Anforderungen angepasst werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen erreichen, dass an der Mitgestaltung der örtlichen Pflegeplanung sowie an konkreten Pflege- und Hilfeangeboten ein breiter Kreis von Betroffenen beteiligt wird. Die Beteiligungsformen älterer und alter Menschen gilt es weiter zu entwickeln. Die BÜNDNISGRÜNEN setzen sich für die Einrichtung von Vertretungen älterer und alter Menschen in den Kommunen ein. Ein weiteres Ziel ist, dass mehr Menschen die Möglichkeiten von Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten kennen lernen.

Soziale und häusliche Dienstleistungen fördern

Hierzu gehört auch eine stärkere Verknüpfung von haushaltsnahen Dienstleistungen mit Mitteln der Arbeitsmarktförderung, z. B. in Form von Dienstleistungspools. Wohn- und Pflegeangebote sollten stärker durch Kooperation von Wohnungswirtschaft, sozialen Trägern und Initiativen gestaltet werden. Es sind Impulse gefragt, die eine Infrastruktur an Läden, Dienstleistungen und auch Hol- und Bringdiensten entstehen lassen. Dieser Problematik wollen wir uns besonders in unseren zahlreichen ländlichen und strukturschwachen Gebieten stellen.

Die sich rasant wandelnde Gesellschaft, in der neue Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien immer stärker im Zentrum stehen, berührt zunehmend auch die Lebenswelt älterer und alter Menschen. Dies gilt es insbesondere zur Sicherung einer selbstständigen Lebensführung und Teilhabe zu nutzen. Allerdings darf Technik die wichtigen menschlichen Kontakte und die persönliche Zuwendung in der sozialen Arbeit nicht ersetzen.

Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen neben staatlicher Fürsorge insbesondere für Selbstbestimmung und Teilhabe der Menschen mit Behinderungen. Hierzu gehören barrierefreie Wohnungen und öffentliche Angebote ebenso wie das betreute selbstständige Wohnen. Mit entsprechender ambulanter Unterstützung oder Assistenz zu leben ist ein wesentlicher Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderung zunehmend diese Lebensform wählen können und das Heim als Wohn- und

Lebensform an Bedeutung verliert. Die wohnortnahe Integration von Kindern mit Behinderung in allen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen ist ein früher und bedeutender Schritt für ein Leben in Normalität in mitten der Gesellschaft.

Das „persönliche Budget“ für Menschen mit Behinderung ist eine sozialpolitische und behindertenpolitische Errungenschaft der rot-grünen Bundesregierung, auf die ab dem Jahre 2008 ein Anspruch besteht. Wir fordern zu diesem neuen Instrument eine adäquate Beratung in Mecklenburg-Vorpommern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen geeignete Instrumente und Wege entwickeln, die die Wahl-, Gestaltungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten mit dem Ziel einer wirksamen Sicherung der Teilhabe verbessern, die notwendigen Unterstützungsleistungen sichern, die Angebote selbstständigen betreuten Wohnens bedarfsgerecht erweitern und die Nachfrage der Menschen mit Behinderungen und ihrer Familien nach ambulanten Unterstützungsleistungen fördern sowie den weiteren Ausbau der Heimangebote verhindern.

In Mecklenburg-Vorpommern leben ca. 275.000 Menschen mit Behinderung. Während die meisten Bundesländer inzwischen ein Landesbehindertengleichstellungsgesetz haben, liegt dieses bei uns erst als Entwurf vor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen ausdrücklich, dass im Gesetzesentwurf Aussagen zur Mitwirkung und Anerkennung von Verbänden getroffen werden und die Verbandsklage ermöglicht wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für starke Behindertenbeiräte in allen Kreisen ein. Menschen mit Behinderung und ihre Interessenvertreter müssen bei allen Politikfeldern wie z. B. Sozial-, Verkehrs-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik beteiligt werden. Menschen mit Behinderung gehören trotz ihrer vielfach hohen Qualifikation und Motivation leider nach wie vor zu den am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen.

Mit einer psychischen Beeinträchtigung gut leben

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass psychisch kranke Menschen ein qualitativ hochwertiges Angebot bedarfsgerechter Hilfen in ihrem Wohnumfeld vorfinden. Wir geben ambulanten und teilstationären Behandlungs- und Hilfsangeboten Vorrang vor stationären Hilfeformen. Denn sie werden den Bedürfnissen vieler psychisch kranker Menschen besser gerecht. Sie sind wirtschaftlich und wirkungsvoll für alle Beteiligten. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns deshalb für den Ausbau tagesklinischer Behandlungsangebote sowie für ambulant betreutes Wohnen ein. Eine wesentliche Grundlage ist die Stärkung der Selbsthilfe psychisch kranker Menschen sowie die Stärkung ihrer rechtlichen und gesellschaftlichen Situation. Das Selbstbestimmungsrecht, die Persönlichkeitsrechte sowie die sozialrechtliche Stellung psychisch Kranker muss weiter ausgebaut werden. Diskriminierung und Stigmatisierung sollen einem Klima offener Kommunikation, intensiver Zuwendung und Begleitung weichen. Dies ist auch der richtige Weg, um Zwangsmaßnahmen und Gewalt zu verringern. Ebenso sind nach wie vor die Hilfen nicht genügend an den besonderen Bedürfnissen und Problemen von Frauen, Kindern und Jugendlichen und älteren und alten Menschen orientiert. Die geschlechterspezifischen Hilfen müssen insbesonde-

re in die Suchtkrankenhilfe und in die Notfallmedizin einbezogen und weiterentwickelt werden. Angebote für Mutter/Vater-Kind-Behandlungen sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Jugend- und Suchthilfe sowie der Schule sollen stärker kombiniert und vernetzt werden. Der Zugang zu Behandlung, Therapie oder Beratung muss auch für Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden.

Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern

Neben Beratungsangeboten und Wohnprojekten sind besondere Hilfen wie etwa die aufsuchende Krankenhilfe weiter zu entwickeln und auszubauen. Hierbei gilt es, neben Hilfen für Langzeitwohnungslose und ältere und alte wohnungslose Menschen spezifische Angebote zu entwickeln. Neben einer aufsuchenden medizinischen und pflegerischen Hilfe und dem Aufbau von begleitenden Wohnprojekten gehören auch der Umbau von Obdachlosenunterkünften zu menschenwürdigem Wohnraum und die Förderung und der Erhalt preiswerten Wohnraums zur erfolgreichen Arbeit gegen Wohnungslosigkeit.

Frauen- und Gleichstellungspolitik

Frauen in die Wirtschaft

Frauen werden im Wirtschaftsleben in Deutschland gravierend benachteiligt. Sie haben auch im Osten ein geringeres Einkommensniveau (sie verdienen etwa 25 Prozent weniger) und nehmen erschreckend wenige Führungspositionen ein. Das ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sondern in der systematischen Ausgrenzung von Begabungsreserven ein Innovationsproblem, das es zu lösen gilt. Das ist auch nicht nur ein Problem des Bundes, sondern auch Landesaufgabe. Deshalb plädieren wir für ein Programm „Frauen unternehmen was“ zur Förderung von Selbstständigkeit.

Im Vordergrund steht die Vereinbarkeit von Männern und Familie, um die einseitige Verlagerung der Erziehungs- und Pflegearbeit auf die Frauen und damit verbundene Unterbrechungen der Erwerbsbiographien und Aufstiegsmöglichkeiten zu durchbrechen. Bei der Einführung des Elterngeldes ist es sinnvoll, einen Teil der Transfers an von Männern erbrachte Erziehungszeit zu binden.

Neben der öffentlichen Verantwortung und der Förderung privater Initiative für eine bessere und flexiblere Kinderbetreuungsinfrastruktur bis hin zu Betreuungszulagen sollten die Unternehmen selbst Betreuungsangebote schaffen, um ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Vereinbarkeit der Arbeit mit der Familie zu erleichtern. Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf einen kostenlosen Platz in der Kindertagesstätte ab dem 1. Lebensjahr ein. Im Bereich der unteren Einkommen wird ohne Mindestlöhne und die Beendigung der Verdrängung von Normalerwerbsverhältnissen durch Mini-Jobs die Schere weiter auseinander gehen. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen dieses Thema ernster nehmen als bisher.

Junge Familien ziehen dahin, wo Arbeit ist, deshalb ist es wichtig, gezielte Programme zur Frauenförderung zu entwickeln und gleichzeitig Unternehmen in dem Trend „Familienfreundlicher Betrieb“ zu unterstützen.

Frauen stark machen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das gender-mainstreaming-Prinzip als Überprüfungsmethode von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in allen Bereichen beschleunigt und verstärkt zur Anwendung bringen. In Politik, Verwaltung und Privatwirtschaft müssen verstärkte Anstrengungen zur Einstellungen und Beförderung von Frauen unternommen werden, beispielsweise durch den Abschluss tariflicher Vereinbarungen, sowie zur gleichen Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit. Dieses sollte von Seiten des Staates durch Anreize und Vorgaben unterstützt werden, z. B. indem bei der Vergabe von Aufträgen oder Fördermitteln auf das Vorhandensein von Frauenförderplänen geachtet wird. Wir fordern Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowohl für Männer als auch für Frauen. Eine große Rolle spielen dabei die Kinderbetreuung am Arbeitsplatz und flexiblere Arbeitszeiten. Nur so können wir den demografischen Wandel unserer Gesellschaft beeinflussen.

Wir fordern gleiche Zugangschancen zu allen Arbeitsbereichen und Förderprogramme für Frauen in Führungspositionen. Wir wollen z. B. mehr Existenzgründerinnen, Professorinnen und Frauen in Aufsichtsräten.

Gleichstellungsbeauftragte

Auf Landesebene ist die Struktur und Stellung der Gleichstellungsbeauftragten zu erhalten. Für die verstärkten Bemühungen um die Gleichstellung ist es aus unserer Sicht erforderlich, die Stellen der Gleichstellungsbeauftragten wieder auf volle Stundenzahl zu erweitern und eine Trennung von den üblicherweise zugeordneten Ressorts wie Alten- und Integrationspolitik festzulegen.

Unter Berücksichtigung der Kreisgebiets- und Verwaltungsreform ist außerdem dafür zu sorgen, dass die erhöhte Einwohnerzahl der einzelnen Kreise dazu führen muss, die verbleibenden Landkreise in den Gleichstellungsbüros personell zu verstärken. Ebenso sollte in den ehemals kreisfreien Städten je eine Gleichstellungsbeauftragte tätig bleiben. Als Richtlinie sollte auf 100.000 Einwohner eine volle Stelle für die Gleichstellung vorgesehen werden.

Für die Aufgaben der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und kommunale Maßnahmen, wie zum Beispiel Frauenhäuser, sollen Schlüsselzuweisungen an die Kommunen gezahlt werden

Frauen und Mobilität

Mobilität als Grundvoraussetzung zur Teilhabe am öffentlichen Leben und zur „privaten“ Alltagsbewältigung ist für Frauen von erheblicher Bedeutung insbesondere für unser Flächenland Mecklenburg-

Vorpommern. Frauen sind die Hauptnutzerinnen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Noch immer verfügen sie seltener über einen PKW. Als immer noch überwiegend für Familie und Versorgung Verantwortliche sind sie in eine Vielzahl von Pflichten eingebunden, die sie räumlich und zeitlich koordinieren müssen. Hieraus resultieren komplexe und von der Verkehrsplanung bislang unzureichend berücksichtigte Wegeketten.

Im Zuge der Umsetzung der EU-Richtlinie des Gender Mainstreaming ist daher bei allen Verkehrsplanungen das Mobilitätsverhalten von Frauen gesondert zu berücksichtigen. Kinderfreundlichkeit spielt für uns bei der Verkehrsplanung eine ebenso große Rolle. In der Raum- und Siedlungsplanung sollte daher die Planung von Behörden und Ämtern, von sozialen Einrichtungen und Schulen sowie von Wohnen und Arbeiten immer in Verbindung mit einem guten Angebot im ÖPNV verbunden werden. Diese spezielle Ausrichtung soll nach Vorstellung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch Eingang in den Nahverkehrsplan des Landes und als Formulierung von Mindeststandards in das ÖPNV-Gesetz von Mecklenburg-Vorpommern finden. Frauenvertretungen/-organisationen sind an der Entstehung des Nahverkehrsplans und bei der Novellierung des ÖPNV-Gesetzes zu beteiligen.

Gewalt gegen Frauen

Diese als häusliche Gewalt bezeichneten Gewalttaten betreffen aber in erschreckendem Maße auch die Kinder und Jugendlichen, die in einem solchen Umfeld aufwachsen.

In Mecklenburg-Vorpommern suchen jährlich 1.500 bis 2.000 Frauen Zuflucht in den überwiegend autonomen Frauenhäusern. Es werden jährlich etwa 2,5 bis 3 Mio. Euro für Frauenhäuser und Beratungsstellen verausgabt, die ohne männliche Gewalt nicht nötig wären. Erfahrungsgemäß wenden sich Frauen nach Gewalterlebnissen häufig an Mediziner und Medizinerinnen, die psychologisch nicht entsprechend auf diese Aufgabe vorbereitet sind. Dadurch werden oft rechtzeitige Hilfeleistungen versäumt. Eine Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, dass durch geeignete Schulungen und Informationen den Ärzten und Ärztinnen Mittel geboten werden, entsprechend sensibilisiert mit Gewaltopfern umgehen zu können. Frauenhäuser, Beratungs- und Interventionsstellen sind wichtig. Sie dürfen keinesfalls irgendwelchen Sparzwängen unterworfen werden. Das Ziel aber – Gewaltfreiheit zwischen den Geschlechtern – erfordert Förderung präventiver Programme geschlechterspezifischer Antigewaltarbeit auf allen Ebenen der Jugend-, Bildungs- und Sozialarbeit zur nachhaltigen Beseitigung männlicher, insbesondere sexualisierter Gewalt.

Sprachbarrieren bei Frauen mit Migrationshintergrund, fehlendes Vertrauen in Institutionen und Ämter, kulturelle oder religiöse Hintergründe erschweren die Lösung aus Gewaltbeziehungen. Die gemeinsame Unterbringung von Männern und alleinstehenden Frauen in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber lässt die Gefahr von Übergriffen steigen. Alternative Unterbringungsmöglichkeiten sind zu prüfen.

Die zuständigen Behörden und Aufnahmestellen sind auf die Problematik hinzuweisen und im Umgang mit diesem Problemkreis weiterzubilden.

Frauen und Gesundheit

Gesundheitsprobleme und der Umgang mit Krankheiten unterscheiden sich bei Frauen und Männern. Frauen brauchen also eine andere Medizin. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die gesamte Brustkrebs-Vorsorgeuntersuchung eine selbstverständliche Versicherungsleistung sein muss. Das Angebot sowie die Vernetzung von psychosozialen Beratungsstellen und den anderen relevanten Einrichtungen muss stetig verbessert werden. Finanzielle Kürzungen in diesem wichtigen Bereich bedeuten höhere Ausgaben in der Krankenversicherung, also darf nicht länger am falschen Ende gespart werden.

Babyklappe und anonyme Geburt

Neugeborene, die kurz nach der Geburt an abgelegenen Orten ausgesetzt oder gar im Müll aufgefunden werden, sorgen trotz des Einzelfallecharakters immer wieder für erhebliche Schlagzeilen und Diskussionen in der Öffentlichkeit. Die Zahl der ausgesetzten Kinder wird in Deutschland mit ca. 40 pro Jahr angegeben, wobei von einer erheblichen Dunkelziffer ausgegangen werden kann. Mit der Errichtung von sogenannten Babyklappen soll dem entgegengewirkt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Unterstützung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei Errichtung und Erhalt von Babyklappen in den größeren Städten Mecklenburg-Vorpommerns. Diese sollten vorzugsweise an ein größeres Krankenhaus angebunden sein, um die rasche medizinische Versorgung des Neugeborenen zu gewährleisten.

Um für in Not geratene Mütter die notwendige medizinische Betreuung vor und unter der Geburt zu ermöglichen, sollte die Möglichkeit der anonymen Geburt an Krankenhäusern in Mecklenburg-Vorpommern vorangetrieben werden. Bislang besteht für diese Art der Entbindung im Krankenhaus eine rechtliche Grauzone, die den betreuenden Ärzten und Hebammen die Pflicht auferlegt, eine Geburt mit Nennung der Namen der Eltern standesamtlich zu melden. Deshalb fordern wir in dieser Hinsicht eine Änderung des Personenstandsgesetzes. Wir setzen uns dafür ein, für schwangere Frauen, die sich in einer Notsituation befinden, weiterhin ausreichend Beratungsangebote zum Thema Adoption, finanzielle Unterstützungen, Schwangerschaftsverhütung/Schwangerschaftsabbruch vorzuhalten. Nur durch eine derartige Primärprävention wird es uns gelingen, die Rate der ungewollten und im Extremfall ausgesetzten Kinder so gering wie möglich zu halten.

Grün(es Land)

Verbraucherschutz stärken statt zerschlagen

Die bisherige rot-rote Landesregierung hat den Verbraucherschutz geschwächt. Die Verbraucherzentrale wurde durch massive Mittelkürzungen in die Insolvenz getrieben, eine Neugründung als „Neue Verbraucherzentrale“ wurde erzwungen. Zahlreiche Beratungsstellen mussten geschlossen werden. Der Zuschuss des Landes wurde von 1,25 Millionen Euro im Jahr 2002 auf jetzt 300.000 Euro gekürzt. Die Mitarbeiterzahl soll von ehemals 30 Stellen bis 2007 auf 10 Stellen zusammengestrichen werden.

Wir setzen uns für eine angemessene Mittelzuweisung ein und werden den Verbraucherschutz mit einem EUR je Einwohner des Landes ausstatten. Davon soll die Hälfte die flächendeckende Arbeit der Verbraucherzentrale finanzieren, die andere Hälfte als Projektfördermittel Vereinen und Verbänden zur Verfügung stehen, die sich im Verbraucherschutz engagieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen damit den Einfluss und das Beratungsangebot unabhängiger Verbraucherorganisationen stärken. Der Verbraucherschutz muss aus dem Wirtschaftsministerium herausverlagert und mit den Zuständigkeiten für Lebensmittelkontrolle und Lebensmittelüberwachung zusammengeführt werden.

Wir werden die Kontrolle der Lebensmittel verstärken, um die Gesundheit der Menschen zu schützen und das Qualitäts-Image der Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern zu stärken.

Land-, Forst-, und Fischwirtschaft

Agrar-Qualität fördern – Genmanipulation verhindern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Agrarwende in Mecklenburg-Vorpommern. Die bisherige Landesregierung stellt die Massentierhaltung in das Zentrum ihrer Arbeit und gefährdet durch ständig wechselnde Rahmenbedingungen die Entwicklung des ökologischen Landbaus. Das Engagement des Landwirtschaftsministers für den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft stellt Mecklenburg-Vorpommern als Tourismusland und Erzeugerland gesunder Lebensmittel in Frage.

Demgegenüber wollen wir artgerechte Haltungsbedingungen und eine Abkehr von Lebetiertransporten auch in der konventionellen Landwirtschaft, die Zucht alter Nutztierassen fördern, weitgehend geschlossene Stoffkreisläufe in den Betrieben unterstützen und die Schaffung und Vernetzung von regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen für landwirtschaftliche Produkte erreichen. Wir wollen die Verarbeitung und Veredelung in Mecklenburg-Vorpommern fördern.

Es muss ohne Abstriche gewährleistet werden, dass die Verbraucher und Verbraucherinnen landwirtschaftliche Produkte angeboten bekommen, die höchsten qualitativen Ansprüchen genügen und deren Konsum grundsätzlich keinerlei gesundheitlichen Risiken unterliegt. Wir stellen in unserer Politik konsequent Vorsorgeaspekte in den Vordergrund. Die zahlreichen Lebensmittelskandale zeigen, wie groß hier

weiterhin der Handlungsbedarf ist. Dem Schutz der Gesundheit gebührt klarer Vorrang vor gewinnorientierten Interessen. Dies umfasst auch die Warnung vor gesundheitlich bedenklichen Produkten einschließlich der Nennung von Firmennamen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es wichtig, das Verständnis und die Wertschätzung für unsere landwirtschaftlichen Produkte und die regionale Identität zu steigern und auf Konsequenzen des Preisdumpings bei Lebensmitteln aufmerksam zu machen. Qualität hat ihren Preis. In diesem Sinne werden wir eine engagierte Wertediskussion in der Gesellschaft anregen.

Mecklenburg-Vorpommern muss das Qualitäts-Image seiner landwirtschaftlichen Produkte weiter ausbauen. Wir werden eine Landwirtschaft fördern, die gesunde Nahrungsmittel erzeugt und deren Produktionsweise verträglich für Natur und Umwelt ist. Der Erhalt, die Pflege und die Wiederherstellung der typischen Natur- und Kulturlandschaften in Mecklenburg-Vorpommern sind die Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft. Daher wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die konventionelle Landwirtschaft ökologisieren. Die Landwirtschaft wird zukünftig ökonomische, ökologische und soziale Ziele stärker verbinden müssen. Den Menschen auf dem Lande eröffnen sich neue Möglichkeiten: als Erzeuger und Erzeugerinnen von Qualitätsprodukten, als Energiewirte, als touristische Dienstleister und als Produzenten von nachwachsenden Rohstoffen. Die Vielfalt der Tätigkeiten schafft neue Arbeit im ländlichen Raum. Um diesen Trend zu unterstützen, wollen wir Qualifikation und Investition im Non-Food-Bereich (Energie, Tourismus, Kultur) ebenso fördern wie die Vernetzung des Landbaus mit Tourismus, Naturschutz, landestypischer Gastronomie und regionalen Kulturangeboten.

Gutes aus M-V: Ökologischer Landbau

Der Forderung nach gesunden Nahrungsmitteln und einer Produktionsweise, die verträglich für Natur und Umwelt ist, wird der ökologische Landbau in besonderer Weise gerecht. Dieser bewirtschaftet inzwischen fast 10 % der landwirtschaftlichen Fläche in M-V. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern Spitze beim ökologischen Landbau. Diese Position wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter stärken: Wir wollen einen „Aktionsplan Ökolandbau für Mecklenburg-Vorpommern“ erarbeiten und umsetzen, der einen Anteil von 20% Ökolandbau bis 2020 vorsieht. Wir wollen die Verarbeitung und Vermarktung ökologisch erzeugter Lebensmittel fördern und die Forschung zum Ökolandbau durch den Aufbau eines Kompetenzzentrums „Ökologischer Landbau in Mecklenburg-Vorpommern“ ausbauen.

Die riesigen Vermarktungschancen für ökologische Produkte, die Mecklenburg-Vorpommern durch seine Lage zwischen den Metropolen Stettin, Hamburg und Berlin hat, sind noch intensiver zu nutzen. Das verlangt nach Entwicklung eines Marketing- und Vertriebskonzeptes, an dem das Land beteiligt ist.

Landwirtschaft ohne Gentechnik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich als einzige Partei konsequent gegen den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft. Die Folgen dieses Eingriffs in Naturzusammenhänge sind nicht abzuschätzen und eine mögliche Ausbreitung ist nie wieder ungeschehen zu machen. Die Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts wird durch die Gentechnologie in der Landwirtschaft verstärkt. Außerdem verstärkt der Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen die Abhängigkeit der Landwirte von der Agro-Industrie. Auch entstehen unübersehbare Risiken durch die Ernährung mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln, zum Beispiel für Allergiker. Die Mehrzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt genmanipulierte Lebensmittel daher ab. Zudem schaden Gentechnikversuche in unserem Land dem Image als Tourismusland und Produzent hochwertiger Lebensmittel. Erste Verarbeiter wie die Firma Hipp haben bereits ihren Rückzug aus Mecklenburg-Vorpommern angekündigt, wenn Gentechnik Verbreitung findet. Wir wollen, dass keine weiteren Freisetzungsversuche in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden, dass Gentechnik in Lebensmitteln verboten und entsprechende Produkte bis zum Verbot deutlich als genmanipuliert gekennzeichnet werden. Zudem unterstützen wir Initiativen für gentechnikfreie Regionen und wollen landeseigene Flächen als gentechnikfreie Regionen ausweisen.

Biomasse als zusätzliches Standbein der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft wird sich zunehmend zur Energiewirtschaft und zum Lieferant von Biomasse als Rohstoff für die Produktion entwickeln. Wir wollen diese Entwicklung fördern, um den landwirtschaftlichen Betrieben und dem ländlichen Raum eine wirtschaftliche Perspektive mit Zukunft zu eröffnen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich für die Qualifizierung der Landwirte zu Energie- und Rohstoffwirten einsetzen. Die Erzeugung, Verarbeitung und der Einsatz von Bioenergie durch landwirtschaftliche Betriebe soll statt gewerblicher Großanlagen in angemessenem Verhältnis zur Betriebsgröße gefördert werden. Dazu gehört die Bereitstellung von Krediten, die insbesondere finanzschwachen landwirtschaftlichen Betrieben den Einstieg in die Energiewirtschaft ermöglicht. Auch bei Energie- und Rohstoffpflanzen lehnen wir den Einsatz der Gentechnik ab. Wir werden Monokulturen und den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln begrenzen.

Naturnahe Waldwirtschaft

Die derzeitige Landesregierung setzt immer noch auf eine konventionelle Waldbewirtschaftung, die hohe Kosten verursacht und die Funktion des Waldes als Lebensraum für die Natur und Erholungsgebiet des Menschen beeinträchtigt.

Ökonomie und Ökologie sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch im Wald keine Gegensätze. Naturnahe Waldwirtschaft mit gemischten, ungleichaltrigen Wäldern und einer weitgehend natürlichen Waldverjüngung schafft gleichzeitig Lebensräume für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen und hohe wirtschaftliche Werte bei stark reduzierten Kosten. Die nachhaltige Nutzung des nachwachsenden Roh-

stoffes Holz ist aus Sicht des Klimaschutzes ohne Alternative und schafft gleichzeitig Wirtschaftskraft im ländlichen Raum. Auch für den Tourismus sind naturnahe und ästhetisch wertvolle Wälder ebenfalls von hoher Bedeutung. Deshalb wollen wir die Waldflächen in Mecklenburg-Vorpommern vermehren und die Neuwaldbildung attraktiver machen. Das Landeswaldgesetz soll dahingehend geändert werden, dass eine flächendeckende naturnahe Waldbewirtschaftung sichergestellt wird. Kahlschläge wollen wir dabei generell verbieten. Wir unterstützen die ökologisch nachhaltige Forstwirtschaft nach den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC) durch Förderung der Zertifizierung und beispielhafte Zertifizierung aller Wälder im Eigentum des Landes nach FSC. Wir wollen für alle nach der Natura 2000-Richtlinie geschützten Waldgebiete zügig Managementpläne erarbeiten und umsetzen.

Für eine naturnahe Waldbewirtschaftung ist die Reduzierung der unnatürlich hohen Bestände an Rehen und Hirschen die entscheidende Voraussetzung. Aus rein jagdlichen Interessen haben die Bestände Rekordhöhen erreicht, die enorme Schäden an der Waldverjüngung verursachen. Deshalb wollen wir die entsprechenden Gesetze und Verordnungen ändern, um dem Grundsatz „Wald- vor Jagdinteressen“ Geltung zu verschaffen. Zudem setzen wir uns für ein Verbot bleihaltiger Munition ein.

Gemessen an der Bevölkerungszahl wird in Mecklenburg-Vorpommern überproportional viel Landschaft vernutzt. Immer wieder werden im Interesse von Baumaßnahmen naturschutzfachliche Belange wie Uferschutz, Alleenschutz, Biotopschutz ausgehebelt. Landschaftsschutzgebiete werden mit einem Pinselstrich verkleinert. An vielen Stellen notwendiger und möglicher Rückbau spielt eine völlig untergeordnete Rolle.

In der Summe ergeben damit an sich kleinteilige Maßnahmen so eine bedrohliche Perspektive: Wir vernichten die Idylle, mit der wir werben und von der wir leben! Landschaftsästhetik und Landschaftsharmonie bleiben auf der Strecke.

Die schwierige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie ist zwingend notwendig, um auch in Zukunft ein lebens- und lebenswürdiges MV gewinnbringend vermarkten zu können.

Wir fordern daher Maßnahmen, die auf die Zukunft und den Einklang der Interessen zielen, u. a. die Einrichtung von Naturschutzbeiräten als beratendes Organ des/der Landrates/rätin in allen Landkreisen, ein nachhaltiges und damit ökologisches Förderkonzept für den Rad- und Wanderwegebau, in allen Landkreisen übergreifende Alleenkonzpte zur tatsächlichen Wahrung des lt. Landesverfassung besonderen Schutzes der Alleen und nachhaltige Uferschutz- und Ufernutzungspläne.

Bestandserhaltende Fischerei

Die Bestände vieler Fische, die früher zu den alltäglichen Speisefischen gehörten, sind so weit reduziert, dass sich eine weitere Befischung verbietet. Ziel bündnisgrüner Fischereipolitik ist es, im Interesse von Umwelt, Verbrauchern und möglichst vielen Arbeitsplätzen in der Fischereiwirtschaft für eine nachhaltige Nutzung der Fischbestände zu sorgen. Wir werden die kleine Küstenfischerei, da sie überwiegend ökolo-

gisch verträgliche Fangtechnik einsetzt, die bestandserhaltende Fischerei und die entsprechende Zertifizierung des Marine Stewardship Council (MSC) fördern. Die umweltgefährdende Netzkäfighaltung in Binnenseen und Küstengewässern lehnen wir hingegen ab.

Umweltschutz-Naturschutz-Tierschutz

Umweltschutz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Qualität unserer Gewässer weiter verbessern und damit die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie engagiert umsetzen. Wir wollen Fördermittel für den Abwasserbereich effizienter einsetzen. Die Förderung von Kläranlagen und Abwasserleitungen werden wir auf eine Kreditförderung umstellen. Wir haben eine gute Luftqualität in Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist ein wesentliches Standbein der Lebensqualität und des Tourismus im Lande. Wir stehen dafür, dass dies so bleibt. Die Verunreinigung der Luft mit gravierenden Schadstoffen verschiedenster Art (CO₂, Kohlenwasserstoffe, Staub, Feinstaub usw.) ist auch nach Jahrzehnten intensiver Umweltschutzbemühungen eine Belastung für Mensch und Umwelt.

Durch die Anpassung des Standes der Technik an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt soll die Luftreinhaltung verbessert werden. Voraussetzung hierfür ist eine kompetente und durchsetzungsfähige Umweltverwaltung.

Wichtigstes Ziel unserer Abfallpolitik ist die Müllvermeidung. Produkte müssen unter nachhaltigen Gesichtspunkten langlebig, wiederverwertbar und reparaturfreundlich hergestellt werden. Wir wollen eine umfassende Produktverantwortung der Hersteller und die Rücknahme gebrauchter Geräte. Daneben setzen wir auf umweltverträgliches Recycling (z. B. kürzere Transportwege, weniger Energieverbrauch und weniger Restmüll). Dort wo Vermeidung nicht möglich ist, setzen wir uns für den klaren Vorrang der stofflichen Verwertung (z. B. Kompostierung von Bioabfällen; kostengünstige mechanisch-biologische Behandlungsanlagen) vor der thermischen Verwertung von Abfällen ein. Wir wollen neue Konzepte für die Abfalltrennung und -verwertung unterstützen.

Nach neuesten Untersuchungen leidet jede dritte Bürger unter Lärm. Die meisten fühlen sich besonders durch Verkehrslärm jeglicher Art beeinträchtigt. Es ist deshalb unser Ziel, die Lärmbelastung in unseren Städten und Gemeinden wirksam zu verringern und damit die Lebensqualität und Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen zu verbessern. Wir wollen den Verkehrslärm reduzieren, insbesondere während der Nacht.

Vorbeugender Gesundheits- und Umweltschutz im Verkehrsbereich setzt eine integrative Planung voraus, die sowohl Luftschadstoffe als auch Lärm berücksichtigt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden kombinierte Lärminderungs- und Luftreinhaltelpläne in der kommunalen Verkehrsentwicklungsplanung unterstützen. Für die von der EU geforderten Lärminderungspläne der Kommunen wollen wir Mittel zur Verfügung stellen.

Wir wollen in allen Verkehrsbereichen Lärmzertifizierungen erreichen. Für die Flughäfen in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir Nachtflugverbote durchsetzen. Wir werden uns für die Herabsetzung der zulässigen Lärmimmissionsgrenzwerte einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich klar gegen das vom Bundesverteidigungsministerium geplante Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide aus.

Naturschutz

Mit seinen attraktiven Landschaften und der wertvollen Naturlandschaft verfügt Mecklenburg-Vorpommern über einen wertvollen Schatz, den es zu erhalten, aber auch zu nutzen gilt. Umwelt-, Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium der derzeitigen Landesregierung blockieren sich bei der Entwicklung des Naturschutzes in unserem Land. Mit der Verzögerung von Verfahren zur Ausweisung von für den Naturschutz wertvollen Gebieten trägt der Wirtschaftsminister selbst wesentlich zu Planungsunsicherheiten bei. Wir werden mit der umgehenden Erarbeitung und Umsetzung von Managementplänen für die Schutzgebiete unseres Landes den Naturschutz fördern und Planungssicherheit für die Wirtschaft schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden durch Personalumschichtungen die Naturschutzbehörden angemessen ausstatten und so u. a. Verfahrensbeschleunigungen und eine rechtssichere Erfüllung europäischer Naturschutzvorgaben erreichen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Naturschutz die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen und der verantwortungsvolle Umgang mit Pflanzen, Tieren und ihren Lebensräumen. Daneben sehen wir Natur und Landschaft auch als Grundlage für den Tourismus und werden ihn verstärkt als Faktor für die Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen nutzen. Wir werden eine naturverträgliche Entwicklung des Tourismus gewährleisten, insbesondere bei der Förderung des Wassertourismus. Nationalparks sind Motoren für wirtschaftliche Entwicklung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen Nationalpark Peenetal ein. Dabei legen wir Wert darauf, dass dieser Nationalpark ebenso hohe gesetzliche Naturschutz-Standards erfüllt wie die bestehenden drei Nationalparks des Landes. Wir werden den Hafen am Darßer Ort im Nationalpark schließen und die Errichtung eines Ersatzhafens vor Prerow vorantreiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Förderung der naturschutzgerechten Landbewirtschaftung stärker an Anforderungen des Naturschutzes orientieren und für den Naturschutz wertvolle Ackerflächen mit in die Förderung einbeziehen. Wir werden die für eine umweltgerechte Landbewirtschaftung zur Verfügung stehenden EU-Fördermittel ausschöpfen und den Ankauf von besonders wertvollen Naturschutz-Flächen fördern, soweit dies für den dauerhaften Erhalt erforderlich ist.

Wir wollen die Alleen des Landes erhalten, entwickeln und einen sparsameren Umgang mit Streusalz durchsetzen, der den Anforderungen der Verkehrssicherheit gerecht wird.

Wir treiben die naturnahe Gestaltung der Gewässer im Sinne der EU-Wasserrahmenrichtlinie voran und wollen den Landeshaushalt durch eine Reduzierung des Küsten- und Uferverbaus entlasten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die ehrenamtliche Arbeit der Naturschutzverbände angemessen unterstützen und die Mittel für die Umweltbildungsarbeit von 200.000 (2006) auf mindestens 400.000 Euro erhöhen. Zudem werden wir die Umweltbildungsangebote des Landes ausbauen, insbesondere in den Großschutzgebieten, aber auch durch Schulung von Förstern in den Landesforsten.

Wir werden Jagd-, Naturschutz- und Forstgesetz so weiterentwickeln, dass sie der herausragenden Naturausrüstung Mecklenburg-Vorpommerns angemessen Rechnung tragen.

Tierschutz

Die bisherige Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den wenigen, die sich immer noch für die Beibehaltung der Käfighaltung einsetzen. Deshalb ist die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestrebte Agrarwende hin zu einer ethisch unbedenklichen Haltung von Tieren ein zentraler Beitrag zum Tierschutz. Darüber hinaus fordern wir die Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände.

Wir wollen nicht, dass Angelscheine an Touristen herausgegeben werden, die über keine Kenntnisse im Umgang mit Fischen verfügen.

Wir werden eine Verordnung initiieren, die zur Beendigung der tierquälerischen Haltung und Tötung von Pelztieren führt. Lehre und Forschung sollen auf Experimente ohne tierquälerische Versuche umgestellt werden. Schließlich fordern wir eine „schwarze Liste“ von Zirkusunternehmen, die bundesweit durch tierquälerische Haltungs- und Dressurmethoden auffällig geworden sind und ein Verbot von nicht-domestizierten Tieren in Zirkussen.

Verkehrspolitik

Verkehr: Mobilität im Umweltverbund

Die bisherige Landesregierung setzt einseitig auf die Förderung des Straßenverkehrs. Von den über 500 Millionen Euro, die mit Förderung der EU in den letzten sieben Jahren für Verkehrsinfrastruktur ausgegeben werden konnten, wurden nur 200.000 für den Bus- und Bahnverkehr eingesetzt. Der komplette Rest für den Straßenbau.

Mobilität soll allen Menschen zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben möglich sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen eine Verkehrspolitik ab, die einseitig auf das Auto setzt und damit viele Jugendliche und Senioren und Menschen ausschließt, die aus gesundheitlichen oder finanziellen Gründen oder aus ökologischer Verantwortung über kein Auto verfügen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Stärkung des Umweltverbundes ein: Mecklenburg-Vorpommern benötigt endlich ein integriertes Verkehrskonzept, welches alle Verkehrsträger und deren Vernetzung gleichermaßen berücksichtigt. Bei allen Verkehrsplanungen sind geschlechts- und altersspezifische Anforderungen gesondert zu berücksichtigen.

Radfahrland Mecklenburg-Vorpommern

Zu Fuß und mit dem Fahrrad können viele Wege einfach zurückgelegt werden. Das stärkt die Gesundheit und das Miteinander. Voraussetzung sind öffentliche Räume, in denen Fußgänger und Radfahrer nicht an den Rand gedrängt werden, sondern die nach ihren Bedürfnissen attraktiv, komfortabel und barrierefrei geplant und baulich gestaltet werden. Stadtсанierung und Verkehrsplanung müssen dies zukünftig an erster Stelle berücksichtigen.

Mecklenburg-Vorpommern bietet topographisch und klimatisch beste Voraussetzungen zum Radfahren. Während das Land im Fahrradtourismus ungebrochen an der Spitze liegt, sind die Potenziale für die Alltagsmobilität bei weitem nicht ausgeschöpft. In der Verknüpfung mit dem ÖPNV bietet das Fahrrad auch auf weiteren Strecken eine echte Alternative zum Auto. Die Förderung des Radverkehrs ist im Verhältnis von Kosten und Nutzen günstiger als für alle anderen Verkehrsträger und muss in Zukunft Vorrang haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Potenziale durch Bevorrechtigung und einfache bauliche Maßnahmen unterstützen.

Busse und Bahnen haben Vorrang

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) novellieren. Mehr Wettbewerb beim Betrieb auf der Schiene führt dabei zu besseren Angeboten für die Nutzer und Nutzerinnen. Wir setzen uns daher für konsequente Ausschreibungen bei der Vergabe von ÖPNV-Leistungen ein.

Wir wollen mit dem Integralen Taktfahrplan für Mecklenburg-Vorpommern einfache Fahrpläne und kurze Warte- und Umsteigezeiten einführen. Der Busverkehr muss an den Bahnhöfen und Haltepunkten mit dem Schienenverkehr verknüpft werden. Ein verbesserter Busverkehr soll auch im ländlichen Raum die Mobilität für alle Menschen gewährleisten. Als Ergänzung werden wir die Einführung von Bürgerbussen, Rufbussen und mobilen Dienstleistungsangeboten, wie Verkaufswagen und fahrenden Arztpraxen, fördern.

Wir werden Imagekampagnen und Angebote für umweltgerechte Mobilitätssysteme fördern. Wir sind für die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr, wie sie in anderen Bundesländern zur Tourismusförderung bereits umgesetzt wurde. Zur Tourismusförderung wollen wir auch die bessere Anbindung Mecklenburg-Vorpommerns per Bahn. Dazu bedarf es der Wiedereinrichtung eines Urlaubs-expresses an die Küste und auf die Inseln, der Verbesserung der Strecken Rostock-Berlin und Güstrow-Stettin, des Wiederaufbaus der Karniner Brücke, der Einrichtung einer Darßbahn, des Lückenschlusses zwischen Rhena und Lübeck sowie der Anbindung des Fährhafens Rostock.

Die Car-Sharing-Projekte haben auch in Mecklenburg-Vorpommern wachsende Nutzerzahlen. Um die Zugänglichkeit zu Car-Sharing-Angeboten weiter zu erhöhen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die

Straßenverkehrsordnung insoweit novellieren, dass exklusive Stellplätze für Car-Sharing-PKW im gewidmeten öffentlichen Verkehrsraum genehmigt werden können.

Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Die bisherige Verkehrspolitik ging immer von Zuwächsen im Straßenverkehr aus. Seit 1999 nahm aber der motorisierte Individualverkehr um 8 Prozent ab. Auch die beförderte Tonnage im Straßenverkehr geht zurück, die Länge der Transportstrecken nimmt weiter zu. Lange Transportstrecken sind prädestiniert für eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene oder aufs Wasser.

Mecklenburg-Vorpommern hat ein gut ausgebautes Straßennetz. Die Erhaltung des vorhandenen Straßennetzes hat Vorrang vor Neubau. Straßen, die nicht mehr gebraucht werden, sollen zurückgebaut werden. Diese Entsiegelungsmaßnahme soll beispielsweise über die Aufnahme in den Katalog von Ausgleichsmaßnahmen oder durch Einsparungen bei den Unterhaltungskosten finanziert werden. Langfristig bewirkt dieses Vorhaben Einsparungen im Landeshaushalt. Der Neubau von Ortsumgehungen ist dann sinnvoll, wenn mehr als 50 Prozent des Verkehrs reiner Durchgangsverkehr ist.

Die Unfallzahlen sind da zurückgegangen, wo Kreuzungen in Kreisverkehre umgewandelt wurden. Wir werden uns daher weiterhin für die Einrichtung von Kreisverkehren stark machen, dabei muss der sichere Radverkehr gewährleistet sein. Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass zukünftig eine sichere und komfortable Führung des nichtmotorisierten Verkehrs gewährleistet wird.

Mecklenburg-Vorpommern hat seit Jahren die höchste Zahl an Verkehrstoten pro Einwohner in Deutschland. Wir setzen uns für die „Vision Zero“ – Null Verkehrstote – ein und das entsprechende Konzept, das in Schweden bereits Bestandteil der Verkehrspolitik ist. Das Ende der Verharmlosung von Raselei durch „Flitzer-Blitzer-Meldungen“ gehört ebenso zu unseren Forderungen wie die Einführung der 0,0-Promillegrenze. Vor Schulen und Kindergärten ist generell Tempo 30 vorzuschreiben. Die „Verplankung“ von Alleen darf nur dort erfolgen, wo ein straßenbegleitender Radweg vorhanden ist.

Güterverkehr - Von der Straße auf Schiene und Wasser

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen beim Transitverkehr eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene sowie auf das Wasser erreichen. Das Umschlagvolumen soll an der Schnittstelle Schiff / Schiene weiter ausgebaut werden. Wir wollen die Straßen- und Schienenanschlüsse der Häfen optimieren.

Logistikinformationssysteme erhöhen die Hafenskapazitäten ohne Ausbaumaßnahmen. Die Straßen- und Schienenanschlüsse der Häfen wollen wir optimieren. Wir setzen uns auch für die Einführung von emissionsabhängigen Hafengebühren ein, wie sie in Schweden bereits realisiert wurden. Bei der Öl- und Abfallentsorgung sollen die Kosten in die Gebühren integriert werden („no-special-fee“), um der Verklappung in der Ostsee vorzubeugen. Gemeinsam mit den anderen norddeutschen GRÜNEN setzen wir uns für ein abgestimmtes norddeutsches Hafenkonzept für die interkontinentalen Containerverkehre ein. Um die Si-

cherheit im Schiffsverkehr zu verbessern, muss die Lotsenpflicht auf alle kritischen Schiffsrouten, wie z. B. die Kadettrinne, ausgedehnt werden.

Anstelle einer festen Querung des Fehmarn-Belt, wie sie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angestrebt wird, setzen wir auch wegen der positiven Auswirkung auf unseren Arbeitsmarkt auf ein optimiertes und flexibles Fährschiffkonzept zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Skandinavien mit einer verbesserten Schienenanbindung. Die Reisezeit von Berlin nach Kopenhagen kann so verkürzt werden.

Nur fliegen ist schöner?

Die bisherige Landesregierung hat diverse Flugplätze und Fluglinien im Land gefördert. Kein einziger davon kann sich wirtschaftlich selbst tragen. Mecklenburg-Vorpommern hat bezogen auf seine Einwohnerzahl viel zu viele Flughäfen, Flug- und Landeplätze. Viele Fördermillionen wurden hier buchstäblich in den Sand gesetzt. Wir wollen die Landesförderung auf den zentral im Land gelegenen Flughafen Rostock-Laage begrenzen und diesen besser an den ÖPNV anbinden.